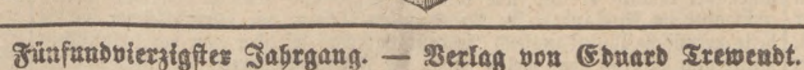
Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 38. Mittag-Ausgabe.



Fünfundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 23. Januar 1864.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Kopenhagen, 22. Jan. In der Adreßdebatte des Folkethings äußerte der Konseilpräsident Bischof Monrad unter Anderem: er müsse den Reichstag bitten, sich jedes Versuchs zu enthalten, um die Regierung zu vermögen, ein Haar breit von dem abzuweichen, was sie als das Rechte betrachte.

Hamburg, 22. Jan. Das Thermometer zeigt 5 Grad über Null und es regnet; doch wird das Elbeis noch mit Wagen befahren. Nach der Börsenhalle trifft der Feldmarschall Wrangel morgen Früh um 4½ Uhr mittelst Extrazugs hier ein.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

30. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (22. Januar.)

Die Tribünen sind ziemlich besetzt, die Diplomatenloge nur spärlich. Am Ministertische die Minister v. Bismarck, v. Bodelschwingh und v. Selchow.

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr mit den gewöhnlichen geschäftlichen Mittheilungen. Es sind wiederum Zustimmungsadressen in Betreff der schleswig-holsteinischen Sache an das Haus eingegangen und auf dem Büreau zur Einsicht ausgelegt. Vom Präsidium des Herrenhauses ist die Mittheilung gemacht worden, daß das Herrenhaus verschiedene vom Abgeordnetenhause ihm zugegangene Gesetzentwürfe (vergl. den gestrigen Sitzungsbericht des Herrenhauses) genehmigt habe, daß es indeß den Beschlüssen des andern Hauses hinsichtlich der Etatsüberschreitungen in den Jahren 1859 und 1860 in zwei Punkten nicht beigetreten sei. Der Präsident bemerkt dazu: Ich habe der Budgetcommission und dem Hause nur Kenntniß hiervon zu geben und zu constatiren, daß ein Consensus beider Häuser nicht erzielt worden ist. Das Weitere ist Sache der Regierung, welcher beide Beschlüsse mitgetheilt sind. Meinerseits einen neuen Beschluß zu veranlassen, halte ich für überflüssig, weil ich glaube, daß dieses Haus von seiner in dem früheren Beschlusse niedergelegten Ansicht nicht abgehen wird. (Zustimmung.)

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Prüfung der Wahl des Abg. Frhrn. v. d. Heydt, welche auf Antrag der IV. Abtheilung für giltig erklärt wird. — Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildet die Fortsetzung der gestrigen Debatte. Das Wort erhält zunächst als Antragsteller

Abg. Schulze (Berlin). Nach dem gestrigen Beschlusse des Hauses soll die Discussion über beide vorliegende Gegenstände verbunden werden, weil ein Votum über die Politik der Regierung die Entscheidung über die Anleiheforderung in sich schließt. Allerdings hat das Haus schon im vor. Monate durch eine Resolution seine Ansicht über die Regierungspolitik ausgesprochen; die Staatsregierung hat sich nicht daran gekehrt und die nothwendige Consequenz ist jetzt die Verweigerung der von ihr geforderten Mittel. Seitdem ist es aber zu einem Bruche mit den deutschen Staaten gekommen, und es genügt eine einfache Verwerfung der Anleihe nicht mehr, es tritt vielmehr an das Haus die Pflicht heran, sich über seine Stellung zur dieser Sachlage ein für allemal klar auszusprechen. Wir haben bei der Eile, mit welcher die Resolution eingebracht werden mußte, keinen Werth auf die ursprüngliche Redaction gelegt, doch treten wir, die Antragsteller, dem Amendement Groote, welches Alinea 3 wiederherstellen will, bei. Was bedeuten die vor uns ausgesprochenen Erklärungen des Ministerpräsidenten, durch welche die von uns betonte Tragweite der preußischen Politik durchaus nicht zurückgewiesen wird? Welches ist das Endziel dieser Politik in den Herzogthümern? Wir wissen aus Wien, daß ein Vertrag zwischen der österreichischen und preußischen Regierung abgeschlossen ist; möge es der Staatsregierung gefallen, uns darüber Mittheilungen zu machen, weil derselbe dem Lande schwere Verpflichtungen aufzulegen scheint, welche der Zustimmung dieses Hauses bedürfen. Einen Punkt nur will ich noch erwähnen, welcher den eigentlichen Streitpunkt berührt. Man bestreitet dem Bunde das Occupationsrecht, welches nur auf Grund des londoner Protokolls ausgeübt werden könne.

Aber das Protokoll selbst erklärt ausdrücklich, es solle die Beziehung der Herzogthümer zum Bunde durch dasselbe nicht alterirt werden, und wenn nun, laut der Bundesacte, der Bund die Unverletzbarkeit der zu ihm gehörigen Staaten zu wahren hat, so ist damit doch gewiß nicht die bloße Territorialgrenze, sondern zugleich der Rechtsstand, welcher die Erbfolgefrage in sich schließt, gemeint, der, wie alle Parteien anerkennen, für Schleswig und Holstein derselbe sein soll. „Beide Herzogthümer sollen alle Rechtsverhältnisse gemein haben," lautet die noch jüngst mitgetheilte Erklärung eines namhaften dänischen Staatsmannes. Demnach steht auch das londoner Protokoll dem deutschen Bundesrechte nicht entgegen, und es ist Bundessache, den Staatsverband der Herzogthümer untereinander aufrecht zu erhalten. Preußen und Oesterreich gehören mit ihrer Macht ebenfalls zum Bunde, verleugnen aber gegenwärtig das deutsche Interesse. Nun, ich will mich mit den Herren auch über das specifisch preußische Interesse auseinandersetzen. Preußen muß sich auf Deutschland lehnen, wenn es sein wahres Interesse fördern will, es darf nicht Sonderbundesgenossenschaften suchen. Jetzt weckt es neben der Antipathie des deutschen Volkes noch die der deutschen Regierungen wach, und diesen Antipathien giebt man einen nationalen Stützpunkt. Dadurch arbeitet man unserem Nationalfeinde, Oesterreich, in die Hände, diesem Oesterreich, welches uns unter ähnlichen Umständen schon einmal eine Niederlage bereitet hat, die Alle, vom Träger der Krone herab bis zum letzten Mann im Volke schmerzlich empfunden haben. Und unter Wiederholung der damaligen Vorgänge geht man darauf aus, das Vertrauen der Nation zu erschüttern.

Ist das eine wahre Großmachtspolitik? Meine Herren, als ein für das alte Rom demüthigender Vertrag, die Folge der Niederlage in den caudinischen Päßen, abgeschlossen worden war, da lieferte Rom Diejenigen, welche den Vertrag geschlossen hatten, an den Feind aus, um nicht ferner an denselben gebunden zu sein! Wie nun aber eine Macht noch obenein Krieg führen kann, um ein ähnliches Abkommen aufrecht zu erhalten, nachdem es der Gegner gebrochen hat (Hört! hört!), das ist mir unbegreiflich, das kann man nicht für eine eines großen Volkes würdige Politik halten. (Lebhafter Beifall.) Es ist uns vorgeworfen worden, daß wir die Regierung zur Action gedrängt und ihr nun die Mtttel dazu verweigern. Aber zu welcher Action haben wir sie gedrängt? Wir haben doch wahrlich bestimmt die Ziele der Politik gezeichnet, für welche wir bereit sind, alle Mittel zu gewähren, wir können sie aber doch nicht bewilligen, wenn die entgegengesetzten Ziele verfolgt werden. (Sehr richtig.) Es ist gesagt worden, die Regierung müsse im Bunde mit Rußland und Oesterreich die Revolution bekämpfen. Aber diese Regierungen werden mit ihren inneren Krisen selbst genug zu thun haben, um uns irgend welchen Beistand zu leisten. Ich will Ihnen sagen, welches der dauernde Quell der Revolutionen ist: das ist der Geist der heiligen Allianz, der den berechtigten Forderungen der Völker, dem Geiste der Zeit nicht Rechnung tragen will, der das alte dynastische Princip hegt und pflegt, wonach den Herrschern die unbedingte Verfügung über Land und Leute zustehen soll. (Lebhaftes Bravo.)

Werden Sie den Grundsätzen, den Forderungen der neuen Zeit gerecht, und Sie werden dadurch am besten die Revolution bekämpfen (Bravo). Der Abg. v. Blanckenburg hat uns gedroht, das Volk werde unserem ablehnenden Votum ein désaveu geben. Das ist doch nur so zu verstehen, das Volk werde das von uns abgelehnte Geld aus seiner Tasche geben. Gut. Wir nehmen diese Appellation an; aber rufen Sie doch nur Ihre Partei zuerst auf, die schon seit langer Zeit im Rückstande ist (Heiterkeit, Zustimmung), während unsere Partei die Appellation bereits angenommen hat; das Volk betheiligt sich reichlicher als man glaubt an der Unterstützung der nationalen Sache. Die Frage, wie unsere Partei zum Volke stehe, beantworte ich dahin, daß wir bestrebt sind, die politische Aufklärung in alle Kreise des Volkes zu tragen, weil wir die Lösung der großen Aufgaben der Zeit nur von bewußten Männern erwarten. (Lebh. Bravo). Sehr bezeichnend ist die Drohung, mit der der Abg. v. Blanckenburg, geschlossen hat; wenn die Krone die Bahn der jetzigen Politik verlassen sollte; sie beweist wiederum, daß das Prunken mit der Königstreue von jener Partei die allergrößte politische Heuchelei ist, nur dazu angethan, die selbstsüchtigsten Sonderinteressen zu verschleiern. Denn Sie wollen dem Könige nur so lange dienen, als er Ihre Wege wandelt. (Lebhafter Beifall.)

Ministerpräsident v. Bismarck: M. H.! Der Herr Vorredner hat dem londoner Vertrage eine neue Bedeutung gegeben; er hat aus diesem Instrument selbst in letzter Instanz das Erbrecht des augustenburger Hauses hergeleitet. Der Vorredner baut dies darauf, daß der Vertrag die Rechte des Bundes, so weit sie auf Verträge beruhen, aufrecht erhält. Keinenfalls kann aber damit der londoner Vertrag gemeint sein. In seinem Hauptartikel, dem Art. 2, setzt dieser das Erbrecht Christian IX. auf die gesammten, dem dänischen Scepter unterworfenen Länder fest, und man hätte keinen Grund gehabt, zu beschließen, wenn man einen Paragraphen durch den andern wieder aufheben wollte. Der Vorredner hat uns vorgeworfen — und das Ministerium mit den Aeußerungen anderer Redner identifizirt — wir wollten von Deutschland nichts wissen. M. H.! Deutsch, es muß ein bedeutender Zauber in diesem Worte liegen (Sehr wahr!), denn ich sehe, daß Jeder das Wort für sich zu gewinnen und von seinem Parteistandpunkte daraus Vortheil zu ziehen sucht. Wir haben Zeiten gehabt, wo es Deutsch war, sich gegen den Bund aufzulehnen, und wo es Zeit war, sich dem Bunde gegenüber fortschrittlich zu bewegen. Sie haben uns vorgeworfen, daß wir Deutschland ignorirten zur Förderung von Privat-Interessen. Ich kann Ihnen denselben Vorwurf zurückgeben; Sie wollen Preußen nicht, weil es Ihnen nicht paßt, Sie wollen Preußen als eine Domäne des Nationalvereins betrachten, weil es Ihren Interessen paßt (Widerspruch, Bravo rechts). Der Vorredner hat einen ganz neuen Satz aufgestellt; er hat gesagt, daß die kleinen Staaten zur Erhaltung ihrer Selbstständigkeit sich an Preußen anlehnten. Die Geschichte der letzten 15 Jahre lehrt gerade das Gegentheil; die kleinen Staaten haben sich seit dem Vertrage von Bregenz an Oesterreich angelehnt, da sie ihre Selbstständigkeit mehr durch Preußen, als durch Oesterreich gefährdet gesehen haben.

Gegen diese, durch die natürliche Besorgniß der Kleinstaaten für ihre Souveränetät hergebrachte Coalition haben wir lange am Bunde zu kämpfen gehabt und ich selbst habe an diesen Kämpfen theilgenommen. Ein neuer schleswig-holsteinscher Staat, wie Sie ihn sich denken, würde auf unsere Unterstützung sehr angewiesen sein, denn man würde ein Laud haben, welches sich zu Dänemark in derselben Stellung befinden würde, in welcher sich ein wiederhergestelltes Polen zu Preußen befinden würde. Es ist unsere Aufgabe, mit den skandinavischen Staaten im friedlichen Verhältniß zu leben, wie diese Aufgabe zu erreichen sei, ob sie überhaupt zu erreichen sei, das hängt nicht von uns ab. — Die Rede des Hrn. Antragstellers und die Folgerungen, die er aus der Lage der Sache gezogen hat, nöthigen mich, in die Diskussion weiter zurückzugreifen, als es meine Absicht war. Wir können mit Sicherheit annehmen, — weil wir den Redner als Repräsentanten der Majorität betrachten, — daß Sie die Anleihe ablehnen, und daß ich mich in dem Vertrauen, welches ich auf Sie gesetzt have, täuschte. Das Hauptmotiv, weshalb Sie die Anleihe ablehnen, ist der Mangel an Vertrauen zu dem gegenwärtigen Ministerium. Ich habe mich deshalb gefragt: was müßten wir, die preußischen Minister thun, um Ihr Vertrauen zu erwerben? Es müßte sich von der preußischen Verfassung (oh! oh!), von der preußischen Geschichte, von dem preußischea Volksgefühl vollständig lossagen, indem es die Hand dazu bietet, die Alleinherrschaft dieses Hauses in Preußen herzustellen, und der fortdauernden Auflehnung der Krone gegen dieses Haus durch Verweigerung der Contrasignatur der Minister ein Ziel setzt. Sie haben dies in dem Bericht deutlich ausgesprochen, und eine frühere Aeußerung von mir, daß es sich um einen Kampf handle zwischen dem Hause Hohenzollern und dem Hause der Abgeordneten, hat sich bestätigt. — Mit Worten, mit denen die Redner gegen uns kämpfen, ist eine ruhige anständige Diskussion nicht zu führen, denn Sie werden zugeben, daß das, was für den einzelnen Abgeordneten zuläßig ist, für mich auf dieser Stelle nicht passend ist.

Der Ministerpräsident geht hierauf einzelne Stellen des Commissions-Berichtes durch und sagt im Verfolg dessen: Auf Seite 7 machen Sie das Recht der Krone über Krieg und Frieden von Ihrem Votum abhängig, Seite 8 sprechen Sie den Entschluß aus, die Regierung zur Action zu veranlassen. Das überschreitet ihre verfassungsmäßigen Befugnisse. Wenn irgend etwas die Verfassung aus den Händen der Krone winden kann, so ist es dieses Wort. Man getraut sich nicht mehr zu sagen: ich handle im preuß. Interesse und ich handle als Preuße; ein offenes Bekenntniß zu preußischen Interessen und preußischer Nationalität ist auf Ihrer Seite nicht möglich, und wohlverstandenes Interesse ist natürlich nur solches, wie Sie es verstehen. Auf Seite 15 sagen Sie, daß der König auf Ihr Geheiß einen Eroberungskrieg führen soll, um Schleswig für den Herzog von Augustenburg zu gewinnen. Wenn man Ihr Vertrauen gewinnen soll, so muß man sich Ihnen hingeben; was wären denn die Minister künftig anders, als parlamentarische Minister? Dazu wird es, so Gott will, nicht kommen. (Widerspruch und Bravo rechts.) Der König müßte nach Ihrer Auffassung vor unserer Verfassung eine Persönlichkeit sein, die weniger Einfluß auf die Geschicke Preußens hat, als jeder einflußreiche Fractionsführer, mit dem man capituliren muß, um die Majorität zu bekommen. M. H.! und trotz alledem sind die Bestimmungen in der Verfassung vollständig klar. Der Vorredner hat die Vermittelung zwischen seinem Standpunkt und dem meinigen dadurch für möglich gehalten, daß eine indirecte Nöthigung stattfinde; er hat das ganze System, wie es der Commissions-Bericht entwickelt, als eine solche indirecte Nöthigung betrachtet. Er kommt also zu dem logischen Schlusse, daß meine Aeußerung, die Regierung müsse das Geld nehmen, wo sie es finde, auch in den Begriff der indirecten Nöthigung falle. Ich habe vorher gesagt, das widerspricht nicht blos der Verfassung, auch den Traditionen der Geschichte und dem Volksgeiste. Dieser ist durch und durch monarchisch, und wird trotz der Aufklärung, die ich nur Verwirrung nennen kann, es bleiben.

Sie desavouiren unsere glorreiche Vergangenheit, indem Sie unsere Stellung bekämpfen und dasselbe thun Sie, indem Sie Preußen unter eine Bundesmajorität mediatisiren. Sie stellen den Parteistandpunkt über die Interessen des Landes, Sie fühlen nicht, und Ihre Resolution beweist dies, für das preuß. Volk. Darum wollen Sie auch gern gewisse Voraussetzungen über das wahrscheinliche Verhältniß der preuß. Armee aussprechen; das zeigt eben, wie fern Sie dem Volke stehen (Heiterkeit). Fühlte das preußische Volk so wie Sie fühlen, so müßte ich sagen, der preuß. Staat hat sich überlebt. Aber so weit sind wir noch nicht. Ich erinnere Sie daran, daß Friedrich Wilhelm der Erste es aussprach, daß er vor Allem die Macht der Junker brechen werde, und daß er an deren Stelle die Souveränetät als einen rocher de bronce substituiren werde. Dieser rocher de bronce, m. H., besteht noch, und er bildet die Basis, auf der Preußens Großmachtsstellung beruht; und diese werden Sie nicht erschüttern durch Ihre Resolution, durch Ihr Votum, durch Ihren Nationalverein (Bravo rechts, Zischen links).

Die gestern geschlossene Generaldiskussion wird nach dieser Rede des Ministers wieder eröffnet.

Abg. Graf Schwerin: Ich will nur Einiges auf die Bemerkungen des Herrn Ministerpräsidenten, die gewiß nicht im Interesse der von ihm vertretenen Sache gesprochen sind, erwidern. Zunächst entgegne ich ihm als Preuße und im Bewußtsein des Preußenthums — ich glaube, daß ich mich immer als ein guter Preuße gezeigt habe — in Uebereinstimmung mit vielen königlichen Akten, daß preußische Interessen niemals collidiren können mit den deutschen Interessen. (Allseitiges Bravo!) Darin unterscheidet sich eben Preußen von den übrigen deutschen Staaten und von Oesterreich, daß seine eigensten Interessen stets zusammenfallen mit den Interessen des ganzen Deutschlands. (Lebhafter Beifall.) In einer Beziehung trete ich dem Ministerpräsidenten bei, daß der preußische Volksgeist tief durchdrungen ist von dem monarchischen Princip. (Allseitige Zustimmung.) Darauf ruht aber auch meine Hoffnung auf des Vaterlandes Zukunft und daß es vom Abgrunde gerettet werden kann, wenn die Regierung sich innerhalb der verfassungsmäßigen Schranken hält und das beobachtet, was Pflicht und Gewissen uns sowohl als der Regierung vorschreiben. Nur durch Festhalten an dem verfassungsmäßigen Wege ist der Conflict zu lösen. (Beifall.) Der Ministerpräsident hat ferner beweislos den Satz aufgestellt, daß die Majorität des Abgeordnetenhauses die Partei-Interessen über die Interessen des Landes stelle; die Interessen des Landes verlangen aber, daß die Regierung eine andere innere und äußere Politik befolge. (Lebhafter Beifall.) Ich will nur in Kürze meinen Standpunkt zur Sache darlegen, was ich für um so mehr geboten halte, je kleiner die Zahl meiner politischen Freunde hier im Hause ist. Nur nach schweren inneren Kämpfen und mit großer Mühe bin ich zu dem Standpunkte gelangt, daß ich mich mit der Majorität, die Anleihe abzulehnen entschlossen, habe. (Bravo!) Es ist nichts Kleines für mich, ein solches Votum abzugeben, und wenn unsere Truppen bereits auf dem Marsche sind, die Mittel zu versagen, welche die Armee halten und stützen sollen.

Wenn aber der Ministerpräsident auf der einen Seite die Pflicht der verantwortlichen Räthe der Krone betont, die auswärtige Politik nach dem Willen derselben zu leiten, so lange sie selbst damit einverstanden ist, so ist es auf der andern Seite das unzweifelhafte Recht und die eben so unzweifelhafte Pflicht der Landesvertretung, wenn von ih die Verwaltung der Mittel zur Durchführung dieser Politik verlangt wird, gewissenhaft zu prüfen, ob die Personen der verantwortlichen Träger dieser Politik oder ein klar Programm die erforderliche Garantie bieten, daß diese Mittel wirklich im Interesse des Landes verwendet werden (Lebhaftes Bravo von allen Seiten). Beides finde ich bei dem gegenwärtigen Ministerium nicht in ausreichendem Maße (Lebhafte Zustimmung). Ich habe bereits bei früherer Gelegenheit mich für Lossagung vom londoner Protokoll und für die Anerkennung des Herzogs Friedrich ausgesprochen, weil ich eine Lösung in diesem Sinne im Interesse und mit der Ehre Preußens am meisten im Einklang erachte und bin durch die seitherigen Erörterungen von beiden Seiten in dieser meiner Meinung noch bestärkt worden. Ich halte sie für die ehrlichste und für diejenige, die am meisten die Bedingungen des Gelingens für sich hat (Beifall). Der Redner wendet sich sodann gegen die vom Ministerpräsidenten in Aussicht gestellte Personalunion der Herzogthümer mit Dänemark, da sie seiner Ansicht nach Niemanden zufrieden stellen könne. Er sucht ferner die Unhaltbarkeit des londoner Protokolls' nachzuweisen und betont das klare Erbrecht des Herzogs Friedrich.

Er habe nie für den Gegensatz Preußen und Oesterreich geschwärmt und daher auch nie einem Bundesstaate, der auf Oesterreichs Ausschließung ausgegangen wäre, zugestimmt, sich vielmehr über Oesterreichs Weiterentwickelung gefreut. — In der schleswig-holsteinischen Frage, fährt Redner fort, halte ich indeß das Zusammengehen Oesterreichs und Preußens für verderblich, ohne daß mir deshalb Nationalvereinstendenzen untergelegt zu werden brauchen. Daß hierbei die Interessen Oesterreichs und Preußens auseinandergehen, liegt auf der Hand. Der Ministerpräsident kennt allerdings keine deutschen, sondern nur österreichische, preußische, bairische Interessen; aber wenn er von den deutschen Interessen nichts wissen will, auch das preußische Interesse müßte ihm gebieten, nicht die gegenwärtige Politik zu verfolgen, sondern sich an Deutschland anzulehnen. Der Ministerpräsident hat aber ferner den sehr gefährlichen Satz ausgesprochen, daß nur das Recht sei, was durch die Mehrheit der europäischen Bayonnete aufrecht erhalten werde. Ein solcher Satz hat nie Geltung in Preußen gehabt, in unserem Lande galt vielmehr immer der Grundsatz: justitia fundamentum regnorum. (Lebhafter Beifall.) Das Recht ist eine sittliche Macht, das zwar zeitweilig durch europäische Bayonnete niedergedrückt werden kann, aber wieder auflebt, und dem schließlich immer die Völker mit tapferem Muthe gegenüber den Bayonneten zum Siege verhelfen. Das wahre Motiv der Regierungspolitik scheint mir Furcht vor der Demokratie und dem Auslande zu sein. Nur glaube ich, daß dadurch den Besorgnissen vor dem Eindringen der Demokratie wenig Abbruch geschieht, daß man den gerechten Forderungen des Volkes in keiner Weise Rechnung trägt. (Lebhafter Beifall.)

In die Hand der preußischen Regierung war es gegeben, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und dadurch viel gut zu machen, was in der letzten Zeit verloren gegangen, sowohl an Sympathien des Volkes in den übrigen deutschen Staaten, als in unserm eigenen Lande, (Lebhafter Beifall) und ich habe von Anfang an lebhaft bedauert, daß das Ministerium diese Gelegenheit versäumt hat. (Bravo.) Wenn der Minister-Präsident seine Politik mit der Besorgniß vor möglichen Verwickelungen mit dem Auslande rechtfertigen will, so meine ich, daß der von ihm eingeschlagene Weg die Gefahr dieser Verwickelungen nicht vermindert. Preußen hat indeß schon größere Aufgaben gelöst, und wenn es im Bewußtsein seines guten Rechts zur Erfüllung seiner Aufgabe vorgegangen wäre, hätte es sich schließlich auch vor den europäischen Bayonnetten nicht zu scheuen brauchen. (Bravo.) Neuerdings bemühen sich die officiösen Zeitungen — nachdem die englischen Drohnoten nichts mehr verschlagen — mit einer gewissen Befriedigung darauf hinzuweisen, daß Rußland mit seinen Ansprüchen hervorzutreten drohe, wenn die Anerkennung des Herzogs Friedrich erfolgte. (Heiterkeit. Zustimmung.)

Der Redner sucht nunmehr die Hinfälligkeit der russischen Erbansprüche gegenüber dem klaren Erbrecht des Herzogs Friedrich darzuthun, und daß das Interesse Preußens mehr als jedes anderen Staates es geboten hätte, diesen russischen Erbansprüchen entgegen zu treten. Ferner deducirt Redner, daß das Haus allerdings verpflichtet sei, die Bundesmatrikularbeiträge zu bewilligen, daß aber zur Deckung derselben keine Anleihe nöthig sei, sondern die vorhandenen Baarbestände, resp. der Staatsschatz ausreiche, um so mehr, da es sich nach der Erklärung des Ministerpräsidenten um Vorschüsse handle, die von Dänemark wieder erstattet werden sollen. Er verliest ein Amendement in diesem Sinne, welches auf motivirte Ablehnung der Anleihe gehe, dessen Stellung er aber unterlassen habe. Der Ministerpräsident, fährt Redner fort, wird mir nicht zumuthen, daß ich die Interessen des Vaterlandes den Parteiinteressen unterordne. Ich bin überzeugt, daß nur, weun im Innern ein verfassungsmäßiges, freies Regiment herrscht, wenn die auswärtige Politik sich auf Deutschland lehnt, die Interessen unseres Vaterlandes gewahrt werden, daß nur, wer das Recht selbst achtet, Recht in Anspruch nehmen kann. (Stürmisches Bravo.)

Abg. Reichensperger glaubt sich und die katholische Fraction benachtheiligt durch die Art, wie bei Wiedereröffnung der Debatte dem vorigen Redner das Wort gegeben worden sei. Er ist der Ansicht, es habe entweder die alte Rednerliste von Neuem gelten oder eine neue Verloosung vorgenommen werden müssen. Hieran schließt sich eine längere Discussion, bei welcher der Präsident erklärt, es sei hergebrachte Praxis des Hauses und übereinstimmend mit der Geschäftsordnung, daß durch den Schluß der Debatte die alte Rednerliste cassirt werde und bei Wiedereröffnung der Generaldiscussion die Herren sich aufs Neue zum Worte melden, wie solches zuerst vom Grafen Schwerin und später auch von einigen anderen Herren geschehen sei.

Ministerpräsident v. Bismarck: Der Herr Vorredner hat verschiedene Behauptungen aufgestellt, die ich gar nicht bestritten habe. Wenn er bekannte, daß er ein guter Preuße sei, so stimme ich damit vollständig überein; ich gehe noch weiter, ich halte ihn in seinem Herzen sogar für einen monarchischen Preußen. Er würde vielleicht dasselbe zu seinem Könige sagen, wie Dr. Faust zu einem höheren Könige. Deshalb glaube ich auch, daß es mit seiner Partei ein Ende nehmen wird, wie mit Dr. Faust im ersten Theile, ob dann ein zweiter folgen werde, das muß die Zukunft lehren. Wo ist die Majorität geblieben, an deren Spitze sich der Redner einst befand? Ich habe schon lange bemerkt: wäre die Partei stärker, als sie ist, so ließe sich mit ihr rechten. Zu den Behauptungen, welche der Vorredner bestritten hat, ohne daß ich sie aufgestellt habe, gehört die, daß Preußen von Deutschland geschieden ist. Das ist schon geographisch ganz unmöglich, Ich bin mit dem Redner darüber einig, daß wir uns nicht am Rande des Abgrundes befinden, wenn die Verfassung beobachtet wird. (Verwunderung.)

Wenn sie nur allseitig beobachtet wird, wenn man ihr nur nicht eine Auslegung giebt, die ihrem ganzen Sinne widerspricht. (Oh! oh!) Ich muß dem Vorredner ferner darin widersprechen, als hätte ich behauptet, daß das Recht allein bei den Bayonneten liege. Ich habe nur behauptet, das Recht lasse sich in europäischen Streitigkeiten, für welche kein competenter Gerichtshof besteht, nur durch Bayonnete entscheiden. Der Redner hat das Motiv der Handlungsweise des Ministeriums, die Furcht vor der Demokratie und dem Auslande, untergeschoben. Ich glaube, der Redner sollte mich lange genug kennen, um zu wissen, daß ich die Furcht vor der Demokratie nicht kenne; denn hätte ich die, so säße ich nicht auf diesem Platze. Ich würde dann das Spiel, welches ich angefangen habe, für verloren halten, während ich hoffe, die Gegner zu besiegen. Was die Furcht vor dem Auslande betrifft, so kann man Vorsicht, Furcht und Muth Leichtfertigkeit nennen. Muth nimmt diesen Charakter an, wenn einer Regierung zugemuthet wird, auch gegen die erdrückendste Uebermacht zu den Waffen zu greifen. Das darf eine Regierung nicht; nur der Einzelne, der entschlossen ist, seine Person daran zu setzen, hat dies Recht. Hiermit will ich nicht gesagt haben, daß uns eine solche erdrückende Uebermacht entgegenstehe. Ich muß überhaupt die Politik der freien Hand dem gegenüber aufrecht erhalten.

Abg. Dr. Waldeck: Nachdem der Ministerpräsident uns den nackten Absolutismus vor die Augen gestellt hat, scheint es mir unnöthig, noch von allen Mitteln zu sprechen; durch Verweigerung der Anleihe haben wir unser letztes Mittel angewendet. Der Ministerpräsident hat seine besonderen Theorien von einem constitutionellen preußischen Staat, aber so weit darf er

nicht gehen, der Landesvertretung das Recht abzusprechen, die Anleihe zu verwerfen. Ich halte es aber für überflüssig, von der Art zu sprechen, wie der Krieg geführt werden soll, wenn wir nicht die Macht haben, bestimmend darauf einzuwirken. Was ist aber das preußische Königthum, jener rocher de bronce, von dem der Ministerpräsident sprach? Es ist die absolute Negation des Junkerthums, gestützt auf die liberale Entwickelung. Nachdem nun aber jener aufgeklärte, liberale Absolutismus unmöglich geworden war, da konnte ein Königthum in Preußen nur gedacht werden, welches sich verfassungsmäßig auf das Volk stützt, und schon Hardenberg nannte Preußen ein demokratisches Königthum. Und wenn Sie (zur Rechten) Furcht vor der Demokratie aussprechen, und diese Bezeichnung als eine Schande ansehen, wir sind anderer Ansicht, wir sind stolz auf diesen Namen. Warum fordert der Ministerpräsident von uns die Bewilligung der Anleihe, wenn er sie nicht nöthig hat, wenn wir nicht das Recht haben, Nein zu sagen? (Sehr gut.)

Erwarten Sie nicht, daß ich mich über die Schleswig-Holsteinsche Frage in ihrer ganzen Bedeutung auslassen soll, aber sollen wir Geld geben einem Ministerium, welchem wir in der inneren Politik kein Vertrauen schenken? Nicht nur diese, sondern jede Anleihe müssen wir der Regierung abschlagen, bis die verfassungsmäßigen Zustände im Innern hergestellt sind. Den Zweck der Mobilmachung haben uns gestern die Anhänger der Minorität deutlich hingestellt; der Ministerpräsident will nicht das Recht Schleswig-Holsteins wahren, sondern er will das durch das londoner Protokoll begründete Recht Dänemarks herstellen. Derjenige, welcher dem Staate die Blutsteuer zahlt, soll nicht fragen, wie sie verwandt wird, sondern dem Ministerpräsidenten überlassen, ob er dafür wirken will, daß er die Herzogthümer mit Dänemark vereinigt und dabei zugleich die demokratische dänische Verfassung aufheben hilft. — Das Ministerium will sich Bundesgenossen seiner Politik im Innern schaffen. Ich glaube aber nicht, daß das zu einem Kriege mit Dänemark führen wird; es wird vielleicht ein kleines Feuerwerk geben, aber die Dänen werden sich zurückziehen. Ich will nur wünschen, daß möglichst wenig Menschen dabei geopfert werden. Denn jenes kriegerische Schachspiel, welches mit der Belagerung von Antwerpen begann, es ist eine traurige Erfindung der neueren Zeit, welche die Menschen ohne Zweck opfert.

Wenn der Ministerpräsident sich seiner Siege über die Demokratie rühmt, so möge er bedenken, daß nicht die materiellen Siege allein maßgebend sind; er mag uns zeigen, wo er einen geistigen Sieg errungen hat in der Art, wie die Siege waren, durch welche der liberale preußische Absolutismus seine Herrschaft befestigte. Wenn Sie auf eine Aufbringung der Anleihe ohne uns denken, so rechnen Sie dabei auf die Ehre des Volkes, welches nicht blos nach materiellen Interessen, sondern auch seinen Rechten fragt. Der Redner geht hierauf auf die Möglichkeit des Krieges ein, und bemerkt, daß das Heer bei uns ein Theil des Volkes sei, daß die Soldaten die Wähler der Abgeordneten seien. „Wenn Sie die Landwehr einberufen", schließt Redner, „so rufen Sie die Unsrigen ein". Weil wir aber über überzeugt sind, daß ein Krieg für das Land unheilvoll sein wird, so können wir, ohne ein Wort darüber weiter zu verlieren, die Anleihe verweigern (Bravo).

Kriegsminister v. Roon: Ich halte es für meine Pflicht, in dieser Angelegenheit das Wort zu ergreifen, obgleich dies keine angenehme Pflicht ist. Die Herren auf der Tribüne sind auf Grund des Art 84 der Verfassuug zu jeder freien Meinungsäußernng berechtigt und dem Strafrichter dafür nicht verantwortlich. (Unruhe.) Das steht in der Verfassung, meine Herren. Die Herren machen von diesem Rechte den uneingeschränktesten Gebrauch; Sie geniren sich in keiner Weise, Sie haben ein Recht dazu, mögen Sie es thun. Auf der anderen Seite steht die Reg. Ihnen gegenüber, die die gleiche Freiheit nicht besitzt, und ich möchte das an und für sich noch für ein Glück halten. Denn wollte man den leidenschaftlichen Aeußerungen von jener Seite in gleicher Weise antworten, so würden wir zu amerikanischen Zuständen gelangen, wo man mit dem Revolver in solche Gesellschaften geht. (Lebhaftes Zischen des Unwillens.) Ich bin vorzugsweise veranlaßt, das Wort zu ergreifen, mit Rücksicht auf eine früher gemachte Aeußerung des Abg. für Brandenburg (?), der es in meiner Abwesenheit für wünschenswerth erklärt hat, daß ich mich über die Frage äußern möchte. Ich muß zunächst einem, wie ich glaube, unabsichtlichen Mißverständniß entgegentreten, als sei im Schooße des Ministeriums über die Regierungspolitik in dieser Frage irgend eine Spaltung vorhanden. Man hat mir die Ehre erwiesen, mich zu nennen als den Stimmführer einer Partei, welche den Krieg für nützlich hält, und zwar den Krieg auf die Bedingung hin und von den Voraussetzungen aus, welche von der Majorität dieses Hauses als die einzig berechtigte Grundlage angesehen wird.

Ich muß bemerken, daß diese Annahme irrig ist, daß auch niemals irgend ein entfernter Grund dazu vorgelegen hat. Die Majorität hat eine Fragr, die für vollständig offen ist, bereits als erledigt betrachtet, das ist die Erbfolgefrage. Ich stehe zu dieser Frage in der That auf vollkommen neutralem Boden. Ich habe weder Sympathien für die glücksburger, noch für die augustenburger Linie. Ich habe nur Sympathien für die Interessen Preußens und auch herzliche Sympathien, in meinem Sinne, für Deutschland, aber jetzt liegt die Frage für uns hauptsächlich darin, daß Preußen Verheißungen gemacht hat, die später von Dänemark in das Gegentheil verkehrt worden sind. Wird jenen Verabredungen nicht Rechnung getragen, so halte ich den Krieg für nothwendig, um den Herzogthümern heilsame Zustände zu sichern für alle Zeiten. Wenn ich auch nicht zugebe, daß früher in Schleswig die preußische Waffenehre verpfändet worden sei, so gestehe ich doch ein, daß die Politik jener Tage nicht die glänzendsten Blätter der preußischen Geschichte füllt (hört!), und daß die damals übernommenen Pflichten erfüllt werden müssen. Monströs aber ist die Behauptung, daß wir mit dem Blute unserer Söhne den Dänen eine Provinz abnehmen wollen, bloß um sie ihnen nachher geknebelt wiederzugeben. Zu solcher Annahme ist keinerlei Grund vorhanden. Wir wollen uns nicht gegenseitig täuschen, sondern offen sein: das Haus will die Reg.-Anleihe ablehnen, weil man dieser Regierung nicht die Mittel geben will zu einer kräftigen Action (Widerspruch).

Dazu bedarf man eines anständigen Vorwandes vor dem Lande, und dahin zielen auch alle Reden und Resolutionen. Sind auch die Meinungen im Lande getheilt, so ist doch die eine allgemein, daß für die Aufrechthaltung der Ehre und Würde des Landes die Mittel hergegeben werden müssen, und daß die Verweigerung derselben nur diktirt werden kann durch eine Tendenzpolitik, welche nur dieses Ministerium aus dem Wege räumen will. (Unruhe.) Man redet so viel von der allgemeinen Meinung, von der Stimmung in Preußen und Deutschland; ich frage: wo ist Deutschland? Da, wo etwa 12 Millionen unter so und so viel kleinen Fürsten stehen, oder wo die beiden großen deuschen Fürsten mit ihren Völkern stehen, bereit, für Deutschland, als dessen Schirm und Schutz, einzutreten? Wenn der Abg. für Saarbrücken gestern von der deutschen Revolution gesagt hat, sie müsse einen werthvollen haltbaren Gedanken haben, und das sei der Gedanke der deutschen Einheit, so bin ich in diesem Sinne auch ein Revolutionair, ich will diesen Zweck auch; aber ich will ihn durch andere, nicht durch revolutionaire Mittel. Wenn derselbe Abg. gesagt hat, Preußens Großmachtstellung sei eine bloße (oder eine blasse) Renommage, so ist ein solches Wort, von jener unverantwortlichen Stelle herabgesprochen, nicht eben geeignet, unsere Sympathie zu gewinnen. Es ist dieses — — — ich finde kein parlamentarisches Wort, und überlasse Ihnen selber dessen Auffindung. Derselbe Abg. hat uns ferner zugerufen: „Sobald Sie gezeigt haben werden, daß Preußen eine Großmacht sei, dann sprechen Sie davon."

Nun, der Herr, wenn auch ein Gelehrter von europäischem Rufe, scheint in der vaterländischen Geschichte eben nicht besondere Fortschritte gemacht zu haben (Heiterkeit). Er hat auch einen Exkurs hinsichtlich der Demokratie und der Armee gemacht, und behauptet: die Regierung will letztere zur Niederwerfung jener benutzen, d. h. gegen uns selber. Aber, m. H., ich bestreite, daß Sie in Ihrer Gesammtheit diese Demokratie sind; es wird gar häufig mit demokratischem Aushängeschilde bloße Parteipolitik getrieben. Die Reg. fürchtet weder diese, noch auch die hochtönenden Reden von der Macht der Idee über die materiellen Interessen; man will ihr bange machen und macht damit die Rechnung ohne den Wirth, — der Wechsel kann nicht gezogen werden. Ich habe auch keine Veranlassung, die Demokratie zu fürchten, denn wenn ich annehmen muß, daß die Majorität dieses Hauses sich zu derselben rechne, und wenn ich Sie hier Mann für Mann betrachte, so sehe ich Gesichter, welche im Privatleben Vertrauen einflößen, Furchtbares aber habe ich noch an Keinem gesehen (Heiterkeit). Wenn Sie aber auf eine Verbreitung der demokratischen Ideen in der Armee rechnen, so können Sie doch falsch spekuliren. Das gehört in die Rubrik von dem hohen Spiele, welches verloren geben kann. Ich kann es mir nicht versagen, hier ein altes Dichterwort zu citiren:

> Noch steht sein Thron, wie immer,
> Ein Fels im Meer,
> Und rings im Waffenschimmer
> Sein treues Heer.

Dieses Wort gilt, und wird immer gelten. — Das Wort, welches uns zugerufen worden ist: „Sie glauben, die Ihrigen einzuberufen, und Sie ziehen die Unsrigen ein!" acceptire ich für uns, denn es sind die Unsrigen, es ist unsere Armee, welche keiner andern nachzustellen ist. Durch alle solche Provocationen geht man nur darauf aus, ein Gefühl in der Armee hervorzurufen, das noch gar nicht existirt. (Bravo rechts.)

Abg. Löwe (Bochum): Er und seine Freunde befänden sich in einer üblen Lage, so oft von der Armee die Rede wäre; denn redeten sie gegen dieselbe, so hieße man sie Feinde der Armee, redeten sie aber für die Armee, so bezeichnete man dies als ein Wühlen gegen den Kriegsherrn. (Sehr wahr.) So scheine es denn, als ob die Armee für uns ein noli me tangere sein solle, für welches wir freilich die Ehre haben, alljährlich 40 Mill. zu zahlen. Wenn der Herr Kriegsminister von empfangenen Drohbriefen geredet habe, so habe auch er dergleichen erhalten, ohne den Herrn Kriegsminister für deren Urheber zu halten. — Er suche Preußens Machtstellung nur in der Einheit der Krone mit dem Volke, der Regierung mit der Landesvertretung; Deutschland aber erblicke er da, wo deutscher Sinn und deutsche Ehre sich finden, nicht aber im Auslande. In den Angelegenheiten der Herzogthümer sei die beste preußische Politik zugleich die deutsche; was sei aber von der preußischen Regierung zu erwarten, welche sage, die Fortschrittspartei, identisch mit der Demokratie, müsse niedergetreten werden, und welche gleichzeitig den Herzog von Augustenburg mit dieser Partei identificire? (Sehr richtig.)

Nachdem in Rastatt und Lüneville sich fremde Mächte in deutsche Angelegenheiten gemischt, sei das vom deutschen Geiste abgewandte Preußen im Jahre 1806 vernichtet worden; seine Umkehr habe es 1813 wieder erhoben, und seitdem könne es sich nicht mehr von Deutschland loslösen. „Wir schwärmen nicht für den deutschen Bund, wollen aber nicht das schmutzige Wasser weggießen, bevor wir reines haben." Redner erinnert den Ministerpräsidenten an den Oesterreich ertheilten Rath, seinen Schwerpunkt nach Pesth zu verlegen, und fragt ihn, wie Preußen neben Oesterreich bestehen wolle, ohne sich auf die Sympathie Deutschlands zu stützen. Nach einer Erörterung der Stellung Schwedens zu einem skandinavischen Reiche und der Bedeutung der Herzogthümer in einem solchen, hebt Redner hervor, daß es ein politischer Irrthum sei, die Fortschrittspartei mit der alten Demokratie zu identificiren; jene sei nur eine Coalitionspartei, gebildet, um auf dem Boden des Bestehenden diese Fragen in einer den Interessen Preußens und Deutschlands entsprechenden Weise zu lösen. — Wolle man die Volksvertretung, dieses Zwischenglied zwischen König und Volk, beseitigen, so werde alsdann das Volk sich selber vertreten; — ob dies im Schlosse, oder sonst wo in angenehmerer Weise geschehen könne, wisse er nicht, aber „wir halten an der Verfassung eben so fest, wie die Soldaten des Kriegsministers an ihrer Fahne! (Bravo!) Ein Eid ist so viel werth, wie der andere!" Zum Schlusse weist Redner darauf hin, daß es jetzt nur an Napoleon liege, ein Protectorat in Deutschland zu übernehmen, und wenn er früher einen Rheinbund höchstens nach einer unglücklichen Campagne für möglich gehalten hätte, so sei es der Politik dieses Ministeriums gelungen, die Möglichkeit des Rheinbundes schon vor einer solchen unglücklichen Campagne zu schaffen. (Sehr richtig!) „Wir unterstützen jede Regierung, welche das Recht wahrt, sei es zunächst auch nur das territoriale. Die gegenwärtige Regierung hingegen giebt das Interesse Preußens auf für eine reactionäre Politik, denn eine reactionäre Politik ist undeutsch, wie sie unpreußisch ist." (Lebhaftes Bravo.)

Minister-Präsident v. Bismarck: Der drohende Rheinbund sei eine Fiction; unsere Beziehungen zu den meisten andern deutschen Staaten und mit dem französischen Hofe seien die besten. — Dem Vergleich mit Wöllner und Bischofswerder könne er mit gleichem Rechte eine Parallele des Vorredners mit Marat und Robespierre entgegenhalten. — In der Depesche vom 24. Januar stehe kein Wort von einem Herausdrängen Oesterreichs aus Deutschland, sie war ein Versuch, diejenige Uebereinstimmung zwischen uns und Oesterreich herbeizuführen, welche jetzt erreicht ist. (Große Heiterkeit.) Die eigentliche Basis einer Einigung Deutschlands sei unter den jetzigen Bedingungen doch nur möglich, wenn die beiden deutschen Großmächte verbündet sind, um es zu schützen. — Der Regierung sind Aeußerungen der sogen. officiösen Presse zum Vorwurfe gemacht: eine officiöse Presse giebt es nicht; eine meiner ersten Amtshandlungen war, ein solches Verhältniß zu lösen; wir haben kein officiöses Blatt, für dessen ganzen Inhalt wir verantwortlich wären. Wenn der Abg. Waldeck von der Pflicht des preuß. Königthums gesprochen hat, das Junkerthum zu bekämpfen, so kann man, wenn man mit dem Wort Junkerthum den Begriff der Ueberhebung und der unberechtigten Anmaßung von Rechten verbindet, auch von einem parlamentarischen Junkerthum sprechen, und den Kampf gegen dieses halte er allerdings für eine der ersten Aufgaben des preußischen Königthums. (Lebhafte Zeichen des Mißfallens.)

Kriegsminister v. Roon: Die kleinen deutschen Staaten haben sich aus Besorgniß vor irgend welchem Phantomen den berechtigten Einflüssen der beiden deutschen Großmächte zu entziehen gesucht. Diese Phantome sind nicht von dem Ministerpräsidenten hervorgerufen, sondern von der Partei, die Sie (zur Linken gewandt) vertreten. So verhält es sich auch mit dem Phantom des Rheinbundes. Es ist hier davon gesprochen, daß Preußen nach den Tagen seiner Erhebung sich an Deutschland angeschlossen habe; im gewissen Sinne ist das wahr, aber auch das Umgekehrte ist der Fall gewesen: Deutschland hat sich an Preußen angeschlossen und Preußen ist die bewegende Kraft. Der Abg. Löwe hat auch von Schwankungen gesprochen; aber seit der Ministerpräsident an der Spitze der Geschäfte steht, verfolgt unsere Politik ganz feste Ziele (Heiterkeit). Der Schluß, die Armee sei für die Linke gleichsam ein noli me tangere, ist vollkommen richtig (Heiterkeit).

Darauf wird die Generaldiskussion abermals geschlossen. Eingeschrieben sind noch die Abgg. Duncker, Reichensperger, Jung, Wagener, Bunsen, Stavenhagen u. A. Nachdem die Herren v. Blanckenburg, Schulze, Schwerin, Virchow und Löwe noch in persönlichen Bemerkungen auf einige gegen sie gerichtete Angriffe geantwortet haben, erhält das Wort als Antragsteller Abg. Schulze (Berlin). Nach mehreren persönlichen Bemerkungen wendet der Redner sich an den Abg. v. Blanckenburg, indem er bemerkt, daß er geglaubt habe, jene Partei werde die Regierung mit allen ihr zu Gebote stehenden materiellen Mitteln unterstützen, nicht aber mit solchen Mitteln, wie sie gebraucht seien, mit Denunciationen ꝛc., wie der Abg. Wagener sie gemacht. „Desavouiren Sie den Herrn, wenn er nicht im Sinne Ihrer Partei gehandelt hat?" — Es sei schon einmal eine Aeußerung hinsichtlich des Revolvers gefallen und der damalige Präsident habe gegen dieselbe den strengsten Ordnungsruf erlassen. Solche Eventualitäten könnten nur vorkommen, wenn es Männer im Hause gebe, die sich der Leitung der Debatte durch den Präsidenten nicht unterwerfen wollten. Nur unter solchen Umständen könnten solche Dinge vorkommen. Die Abgg. machten Gebrauch von ihrem verfassungsmäßigen Rechte, die Regierung aber lehne die Verantwortlichkeit ab, da sie noch immer Anstand nehme, das durch die Verf. verheißene Ministerverantwortlichkeitsgesetz vorzulegen.

Das Haus hatte, bevor die Regierung mit einer Forderung an dasselbe herantrat, schon bestimmte Grundsätze aufgestellt, und deshalb könne man es nicht beschuldigen, daß es Tendenzpolitik treibe. Durch die Annahme der Resolution werde sich das Haus, wenn die Regierung mit weiteren Forderungen komme, gegeu den Vorwurf der Tendenzpolitik schützen. Das Haus habe Grund zum Mißtrauen gegen eine Regierung, welche die verfassungsmäßigen Rechte des Landes verkümmere, und es würde jedem Ministerium, welches eine solche Politik verfolge, die Mittel verweigern, es möge einer Partei angehören, welcher es wolle. Er empfehle die Annahme des Amendement Groote.

Referent Abg. Aßmann: Er werde sich kurz fassen und auf einige Bemerkungen beschränken. Der Abg. Waldeck habe gesagt, er würde nicht nur diese Anleihe, sondern auch jede andere nicht bewilligen, dann könne er die Resolution gewiß annehmen. Er widerlegt darauf einige Bemerkungen des Ministerpräsidenten und entgegnet dem Kriegsminister: er habe sich gegen die angeblich beabsichtigte Imputation einer politischen Richtung in der Armee verwahrt, gleichgiltig sei es doch aber nicht, ob die Armee mit oder ohne Freudigkeit kämpfe. Was die Frage des Bundestages betreffe, so schwärme er und seine Freunde nicht für denselben; sie ständen eben jetzt auf seiner Seite, weil er das Recht der Herzogthümer vertrete. Er hoffe, daß nicht in Folge der Regierungspolitik sich statt der bisherigen rein deutschen Tendenzen andre sich der Bewegung bemächtigen.

Abg. Wagener (Neustettin) vertheidigt sich gegen die Anschuldigungen des Abg. Schulze, er beruft sich auf sein veröffentlichtes Schreiben an den Geh. Rath Engel, welches er mittheilt.

Abg. Schulze verspricht ihm, falls er die Unrichtigkeit der erhobenen Beschuldigung beweise, ihm eine genügende Erklärung zu geben, bis jetzt sei er aber noch nicht überzeugt.

In der nun folgenden Specialdiscussion über die Regierungsvorlage spricht Abg. v. Bonin gegen § 1 der Regierungsvorlage, ist aber bei der im Hause herrschenden Unruhe fast unverständlich. Die Regierung hätte jetzt bei veränderter Sachlage die Vorlage zurückziehen sollen, wenn sie correct verfahren wäre, und eine andere einbringen müssen. Er stimme gegen die Regierungsvorlage, werde aber auch gegen die Resolution stimmen, da er sie nicht für zweckentsprechend halte.

Die Discussion wird darauf geschlossen, und § 1 mit großer Majorität abgelehnt Dafür stimmen nur die Conservativen und ein Theil der katholischen Fraction, darunter Abg. Reichensperger. Ebenso die übrigen Paragraphen ohne Discussion. Bei der namentlichen Abstimmung über die ganze Regierungsvorlage wird dieselbe mit 275 gegen 51 abgelehnt; für dieselbe stimmten außer den Conservativen die Abgg. Reichensperger, Osterrath, Franz, Frohning und andere Abgeordnete der katholischen Fraction, gegen sie stimmte Rohden.

Bei der Abstimmung über die Resolution enthalten sich die Polen. Zuerst wird das Amendement Groote, nachdem die Abstimmung auch nach der Gegenprobe kein Resultat ergeben, bei der Zählung mit 145 gegen 105 Stimmen angenommen, und ebenso die ganze Resolution einschließlich dieses Amendements mit großer Majorität.

Schluß der Sitzung 4¼ Uhr. Nächste Sitzung: morgen 10 Uhr. Tagesordnung: Militärnovelle.

Berlin, 22. Jan. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Stabs- und Garnison-Arzt Dr. Schulz zu Danzig den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem evangelischen Pfarrer Schink zu Groß-Krichen im Kreise Lüben, dem Steuer-Einnehmer Heidemann zu Regenwalde, und dem Amtmann Carl Lüders zu Gescher im Kreise Cösfeld, den rothen Adlerorden vierter Klasse, dem Rathmann Strauß zu Freienwalde im Kreise Saatzig, dem Schullehrer und Organisten Unverricht zu Fürstenau im Kreise Neumarkt, und dem pensionirten Strafanstalts-Werkmeister Haucke zu Halle a. S., das allgemeine Ehrenzeichen, sowie dem Seilermeister Joseph Sutter zu Ehrenbreitstein im Kreise Koblenz, dem Müllergesellen Schuetze und dem pensionirten Eisenbahn-Schaffner Hahn, beide zu Emden im Kreise Neuhaldensleben, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; ferner dem Regierungssekretär Holtzsch in Posen den Charakter als Kanzleirath zu verleihen.

Bekanntmachung. In dem Postverkehr mit den nach Schleswig-Holstein abgerückten preuß. Truppen werden vermittelst der Feldpost und frei von Porto befördert:

gewöhnliche Briefe und
Geldbriefe mit declarirten Einlagen bis 50 Thlr. einschließlich.

Die Adresse muß den Vermerk: „Feldpostbrief" tragen und bei Sendungen an Militärs und Militärbeamte genau angeben, zu welchem Regimente, welchem Bataillon, welcher Compagnie (oder sonstigem Truppentheile) der Empfänger gehört, welchen Grad und Charakter oder welches Amt bei der Militär-Verwaltung derselbe hat.

Ein Bestimmungsort braucht bei den nach jenen Truppentheilen gerichteten gewöhnlichen Briefen und Geldbriefen nicht angegeben zu sein, da die sämmtlichen preußischen Postanstalten nach Instruction die Sendungen nach gewissen Punkten zu leiten haben, von wo die Ueberführung auf die preuß. Feldpost — für den betreffenden Truppentheil — weiter stattfindet.

Privat-Päckereien können zwar im Feldpostdienste nicht besorgt werden; es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß dergleichen Sendungen durch die gewöhnlichen Lokal- und Landes-Postanstalten erfolgen. Bei solchen Sendungen muß der Bestimmungsort, wo die Abnahme erfolgen soll, vom Absender angegeben sein; kann der Adressat die Abnahme dort nicht bewirken, so muß derselbe wegen der Nachsendung weitere Bestimmung treffen.

Berlin, den 21. Januar 1864.

General-Post-Amt. Philipsborn.

Berlin, 22. Januar. [Amtliches.] Se. Maj. haben allergnädigst geruht, den nachbenannten Personen die Erlaubniß zur Anlegung der ihnen verliehenen Orden zu ertheilen, und zwar:

des Großkreuzes des kurfürstl. hess. Wilhelms-Ordens: dem Kammerherrn und Gesandten H. v. Arnim;

des Ritterkreuzes des k. östr. Leopold-Ordens: dem Botschafts-Sekretär Grf. zu Solms-Sonnewalde;

des Commandeurkreuzes vom herzogl. anhalt. Hausorden Albrechts des Bären: dem Forstmeister a. D. v. Schimmelmann zu Jagdschloß Letzlingen;

des Ritterkreuzes 1. Kl. desselben Ordens: dem Oberförster v. Hessenthal zu Letzlingen;

des k. russ. St. Stanislaus-Ordens 3. Kl.: dem Eisenb.-Stations-Vorst. Carl Friedrich Fabricius zu Thorn; und

des Ritterkreuzes des päpstl. Pius-Ordens: dem Hof-Glasmaler Michael Hubert Schmitz zu Aachen.

Berlin, 22. Jan. [Se. Maj. der König] empfingen heute Morgen um 10 Uhr den Vortrag des Polizei-Präsidenten und nahmen um 11 Uhr verschiedene militärische Meldungen entgegen, namentlich die des königlich kaiserlich österreichischen Feldmarschall-Lieutenants Frhr. von Gablenz und dessen Stabes, sowie Sr. Hoheit des Prinzen Albert von Sachsen-Altenburg, Lieutenants im Westfälischen Ulanen-Regiment Nr. 5, welcher zu dem preuß. Hauptquartier in Holstein commandirt ist. Um 11 Uhr begann der Vortrag des Kriegministers und des Militär-Cabinets, um ¾1 Uhr wurde der General-Feldmarschall Frhr. von Wrangel, und sodann der Geh. Cabinetsrath Wirkl. Geh. Rath Illaire empfangen. Um 5 Uhr findet im königl. Palais ein Diner statt, zu dem unter Anderen die hier eingetroffenen kaiserlich königlich österreichischen Offiziere befohlen sind. Abends wird Se. Majestät den Subscriptionsball im Opernhause mit Allerhöchstseiner Gegenwart beehren. (St. A.)

Gestern Abend um 8 Uhr fand bei Ihren königlichen Majestäten im hiesigen königlichen Schlosse, und zwar in den Paradekammern und der Bilder-Gallerie, Cour und nach derselben Concert im weißen Saale statt. Ihre königlichen Hoheiten die Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses hatten sich in der rothen Sammetkammer, das diplomatische Corps im Rittersaale, sämmtliche inländische Damen in der brandenburgischen Kammer, die inländischen Herren vom Civil im Königinnenzimmer, die Offiziercorps in der Bildergallerie versammelt.

Um 8 Uhr erschienen Ihre königlichen Majestäten in der rothen Sammetkammer und begaben sich von dort, nachdem Allerhöchstdieselben die Botschafter von England und Frankreich und deren Gemahlinnen in der schwarzen Adler-Kammer zu empfangen geruht hatten, unter Vortritt der Obersten-Hof-, Ober-Hof- und Hof-Chargen und gefolgt von den General- und Flügel-Adjutanten, der Ober-Hofmeisterin, den Palast- und Hofdamen Ihrer Majestät der Königin, in den Rittersaal, um die Cour des diplomatischen Corps, und sodann in die brandenburgische Kammer, um die Cour der inländischen Damen entgegenzunehmen.

Nachdem Ihre Majestäten hierauf in der rothen Drap-d'or-Kammer den Thee eingenommen hatten, begaben Allerhöchstdieselben Sich mit Ihren königl. Hoheiten den Prinzen und Prinzessinnen des königl. Hauses nach der Bildergallerie, woselbst sich inzwischen die Offizier-Corps zur Cour aufgestellt hatten.

Nach Beendigung dieser Cour geruhten Ihre Majestäten im Königinnenzimmer verschiedene Mitglieder des Herren- und des Abgeordnetenhauses, so wie einzelne Räthe der Ministerien und mehrere der Koryphäen der Wissenschaften und Künste anzusprechen.

Am Eingange des weißen Saales unter den Arkaden wurden Ihre Majestäten von den hier anwesenden Fürsten und Excellenzen erwartet, mit denen Allerhöchstdieselben Sich ebenfalls einige Zeit unterhielten. Nachdem Ihre Majestäten Allerhöchstsich auf der Estrade im weißen Saale niederzulassen geruht hatten, begann das Concert, welches bis nach 11 Uhr dauerte, worauf die Gesellschaft huldreichst entlassen wurde. (St. A.)

K. C. [Das Herrenhaus] hält morgen ebenfalls um 10 Uhr Sitzung; auf der Tagesordnung steht das Budget; man will daraus auf ein beschleunigte Ende der Session schließen, etwa zu Montag oder Dinstag; doch ist Bestimmtes noch nicht bekannt, selbst in conservativen Kreisen des Abgeordnetenhauses war man heute über die desfallsigen Absichten der Regierung noch nicht unterrichtet.

[Justizrath Wagener] hat bekanntlich vor Kurzem in der „Kreuzz." ein Schreiben veröffentlicht, welches er an den Geh. Rath Dr. Engel gerichtet hatte; wohlweislich war aber die Veröffentlichung der Antwort des Dr. Engel unterlassen worden. Letztere wird jetzt von der „Spen. Z." gebracht und lautet, wie folgt:

Berlin, den 17. Januar 1864.

Ew. Hochwohlgeboren zeige ich hierdurch den Empfang Ihrer geehrten Zuschrift vom 16. d. Mts. ergebenst dankend an. Ohne eine andere Pflicht, als die der Höflichkeit anzuerkennen, mich auf deren Inhalt näher einzulassen, erlaube ich mir darauf zu erwidern, daß die Erklärung des ꝛc. Keyser in der bekannten Briefangelegenheit eine vollständig freiwillige ist und am 30. November vorigen Jahres mündlich, am 2. Dezember nur deshalb schriftlich abgelegt wurde, damit ich seine eigenen Worte dem Herrn Minister des Innern brrichten könne. Das ist geschehen. Wie und warum sie später an die Oeffentlichkeit gelangten, darüber habe ich mich in einer Zuschrift an Se. Excellenz ausgesprochen. Ob die in jener Erklärung angeführten Thatsachen, soweit sie sich auf dritte Personen beziehen, wahr oder unwahr sind, darüber maße ich mir kein Urtheil an. Ich kann nur sagen, daß ich Keyser wiederholt gewarnt habe, irgend etwas in seine Erklärung aufzunehmen, was nicht auf unbedingter Wahrheit beruht. In Folge dessen hat er, nicht nur mir gegenüber, bei allem, was ihm heilig, betheuert, daß er die Wahrheit sage, sondern sich auch schriftlich zur Beschwörung seiner Aussagen anheischig gemacht. Da, wie ich höre, eine Injurienklage gegen K. auch noch von anderer Seite anhängig gemacht sein soll, so wird der wirkliche Thatbestand muthmaßlich bald auf gerichtlichem Wege festgestellt werden, und wird diejenige Zeitung, welche die Keysersche Erklärung zuerst veröffentlichte, gewiß mit Freuden bereit sein, das Ergebniß dieser Untersuchung ihren Lesern mitzutheilen und etwaige ursprüngliche Wahrheitswidrigkeiten zu berichtigen. Einstweilen bitte ich jedoch, bemerken zu dürfen, daß in der Keyserschen Erklärung kein

Wort davon steht, daß er von Ew. Hochwohlgeboren veranlaßt worden sei, Abschrift des Jacobischen Briefes zu nehmen; es beruht daher die Stelle Ihres Briefes: „der ꝛc. Keyser ist von mir durch Nichts und in keiner Weise veranlaßt, von dem fraglichen Amelung-Jacobi'schen Briefe Abschrift zu nehmen, vielmehr besaß er dieselbe schon lange und hatte darüber bereis disponirt, als ich denselben zuerst gesehen ꝛc." auf einer irrthümlichen Voraussetzung. Die Erklärung sagt nur das, was das 2. Alinea Ihres geehrten Schreibens im Wesentlich bestätigt. Auch ist Ew. Hochwohlgeboren eine bestimmte Aeußerung über den Geh. Rath Jacobi Keyser gegenüber nicht in den Mund gelegt, sondern nur eine derjenigen ähnliche, welcher sich Herr Lewine dem Letztgenannten gegenüber bedient haben soll. Der Begriff des Aehnlichen ist aber ein so außerordentlich weiter, daß ohne den juristisch festgestellten Beweis der wirklich gebrauchten Worte ein Streit darüber bis ins Unendliche fortgeführt werden könnte.

In vollkommenster Ergebenheit unterzeichne ich

Dr. Engel.

Geh. Ober-Reg.-Rath u. Director des k. statistischen Büreaus.

Sr. Hochwohlgeboren dem k. Justizrath und Abgeordneten Herrn Wagener hier.

[Militärische Promenade.] Wie ein in der Regel gut unterrichteter Korrespondent der „Köln. Ztg." berichtet, ist man hier nicht blos im Publikum, sondern auch in Kreisen, die mit den betreffenden Verhältnissen näher bekannt sind, der Meinung, daß wir nicht einem Feldzuge, sondern nur einer unblutigen militärischen Promenade entgegengehen.

[Gerücht.] Die Stadt, und vor Allem die Börse wird seit gestern durch ein Gerücht allarmirt, wonach schon gestern früh ein Zusammenstoß zwischen Dänen und Sachsen stattgefunden haben soll. Das Gerücht läßt bereits 200 Sachsen gefallen sein. Offenbar ist die ganze Erzählung, obwohl sie selbst in den höchsten Sphären gestern Abend verbreitet war, grundlos, da — von allem Andern abgesehen, was dagegen spricht — im Laufe von 24 Stunden jedenfalls eine Bestätigung hätte eingetroffen sein müssen.

[Die Zollvereins-Conferenz,] die schon am 19. Januar ihre Arbeiten wieder aufnehmen sollte, wird ihre erste Sitzung erst am 2. Februar haben.

Deutschland.

Karlsruhe, 19. Jan. [Ein officiöser Artikel gegen Preußen und Oesterreich.] Die „Karlsruher Zeitung" motivirt die von der badischen Regierung in Aussicht genommene Mobilisirung in einem längeren Artikel, dem wir Folgendes entnehmen:

„Oesterreich und Preußen haben sich entschlossen, die Ablehnung ihres Antrages am Bund weiter nicht zu beachten, sondern auf eigene Hand in Schleswig diplomatisch und eventuell kriegerisch, wenigstens militärisch, vorzugehen. Sie haben solches am Bund erklärt und einen dawider erhobenen Protest haben sie gleichfalls als nicht geschehen behandelt, und die Vorbereitungen zu einem Einmarsch in Schleswig werden in ihren Ländern offen betrieben.

Die Motivirungen, mit denen von officiösen öffentlichen Stimmen dieses Verhalten der deutschen Großmächte vertheidigt und beschönigt werden soll, können nur dazu dienen, dasselbe in einem möglichst bedenklichen Licht erscheinen zu lassen. Einerseits verrathen sie immer mehr, daß das eigenliche Ziel der Politik, welche sie vertreten und anrathen, die Befestigung eines Zustandes ist, der dem londoner Protokoll entspricht; andererseits nehmen sie in Ermangelung guter Gründe, zu Verdächtigungen und zu unwahren Behauptungen über die nationale Stimmung in Deutschland ihre Zuflucht.

Nach der antinationalen Presse ist es die Demokratie, welche die Regierungen fortreißt. Aus dem Löwenfelle der Fürsorge für Deutschlands Heil schauen die Ohren des reactionären Gelüstes hervor. Allein die Regierungen stehen auf festem Boden; die Einmüthigkeit aller Parteien wird sie tragen. Antipopuläre Maßnahmen — von deren Grund oder Ungrund wir absehen — sind erlassen worden, ohne die revolutionären Disteln sprossen zu lassen. Es ist kein anarchisches Element in der Bewegung: das Bewußtsein, Recht zu wollen um des Rechtes willen, ist nur geeignet, auch in anderen Dingen dem formalen Rechte höheres Gewicht zu geben, als sonst wohl in vereinzelten Kreisen der Fall war.

Heißköpfig sollten die Regierungen sein, welche laut das Recht Schleswig-Holsteins, aber auch laut den Weg des Rechtes forderten. Besonnen und ruhig, des Ziels bewußt, haben sie ihre Stimmen für das Einhalten des legalen Verfahrens erhoben. Besonnen werden sie diesen Weg fortsetzen und sich nicht darin beirren lassen, wie sie seiner Zeit die Consequenzen desselben fest verfolgen werden. Indem sie eintraten in die bundesmäßige Prüfung, in den „Prozeß" um die Erbfrage, mochten sie von dem Rechte Augustenburg's und von der besten Aussicht überzeugt sein, daß es lauter aus demselben hervorgehen werde. Sie mußten davon überzeugt sein: denn, wie wir schon vor Wochen gesagt haben, die schleswig-holsteinische Sache ins Feuer treiben mit dem Bewußtsein ihrer Unberechtigung, Krieg und Elend um Nichts herbeiführen, ist ein verwerfliches Beginnen. Wer die Herzogthümer Dänemark überlassen will, soll sie ihren Prozeß selbst führen lassen. Nach Sicherung der Erbfolge für Dänemark, wäre es ihnen durch eigene Kraft möglich, einen besseren Pakt zu machen, als er auf der vielberufenen Basis von 1851 und 1852 zu erreichen ist.

Der Vorwurf der Ueberstürzung fällt auf Die zurück, welche Schritte empfehlen, die nicht nur an der Eider einen vorzeitigen Zusammenstoß, sondern in Deutschland selbst und wegen Deutschlands gefährliche Conflicte provociren müssen.

Die Erklärung Oesterreichs und Preußens am Bunde, in einem Verfahren, das sie selbst dem Bunde zur Entscheidung vorgelegt hatten, damit seine Competenz anerkennend, gegen den Bundesbeschluß zu handeln, ist der Anfang einer Politik, welche den Bund in seinen Fugen erschüttern muß. Die weitern Schritte ihrer Regierungen werden zeigen, wie weit sie die Consequenzen solchen Beginnens führen wollen, oder ob sie, die Gefahren desselben erkennend, davon abstehen werden. Schleswig ist von Oesterreich und Preußen nicht ohne Berührung anderer Bundesstaaten und des vom Bunde verwalteten Holsteins zu erreichen. Die Frage wegen des Durchmarsches kann bereits zu Weiterungen führen. Der königlich sächsische Gesandte hat am Bunde schon auf das Verhältniß Holsteins und die Berechtigung des Bundes hingewiesen, dort keine anderen Truppen als vom Bunde autorisirte oder geschickte einzulassen.

Wie immer sich die Dinge wenden werden, bei der Unklarheit der Ziele der Großmächte, bei den Gefahren, welche ihr einseitiges Vorgehen für das Herzogthum Holstein, für dessen Ansprüche auf Schleswig, für die Sicherheit und Selbständigkeit des Bundes und der Bundesstaaten, wegen der provocirten Einmischung des Auslandes besorgen läßt, ist es für die deutschen Staaten geboten, sich auf mögliche Fälle gefaßt zu machen.

Unsere Regierung hat es bei dieser Sachlage für nothwendig gehalten, die militärischen Vorbereitungen zu der unter Zustimmung der Landesvertretung in Aussicht genommenen Mobilmachung ihrer Streitkräfte anzuordnen, um in kürzester Frist dem Rufe des Bundes folgen zu können.

Vor Allem aber sind wir überzeugt, daß Baden unverbrüchlich festhalten wird an dem Satze, daß das Recht in der holsteinischen Sache ohne Beirrung durch irgend welche Thatsachen verfolgt und gelöst werden muß. Es wird sich nicht allein in dem Streben finden, daß endlich die Successionsfrage eine Beantwortung erhalte. Die Einsicht gewinnt immer mehr Raum, daß das strenge Festhalten am Rechte und das Gewinnen eines rechtlichen Bodens für den Bund diesem auch die europäische Befugniß giebt, nach anerkannten Vertragsrechten alle Rechte Holsteins zu wahren. Thatsächliche Versuche freilich, den Bund in der Uebung des hiezu zunächst vorgezeichneten Weges zu hemmen, würden ihn nur berechtigen, einen andern einzuschlagen; nimmermehr abhalten, die Verfolgung seines und der ihm anvertrauten Rechte aufzugeben. Also nochmals: Festhalten am Recht!"

Kassel, 20. Jan. [Auch ein Prinz.] Die „Kass. Z." enthält folgende Anzeige: „Nachdem Se. Durchlaucht der Herr Prinz Friedrich von Hanau wegen verschwenderischer Lebensweise der Verwaltung seines Vermögens vorläufig entsetzt, und der Polizei-Director Schmidt dahier provisorisch zum Curator über denselben bestellt worden ist, wird solches hierdurch zur öffentlichen Kunde gebracht.

Fulda, am 13. Januar 1864.

Kurfürstliches Obergericht, Civilsenat. Mackeldey."

In Sachen Schleswig-Holsteins.

△▽ **Von der Elbe,** 21. Jan. [Die deutschen Bundes-Commissaire im Conflict mit der altonaer Bürgerschaft.] Während noch vor wenigen Tagen mehrere hamburgische Zeitungen mit Recht ihre Freude darüber äußerten, daß die Bundescommissaire durch die öffentliche Meinung würdig respectirten, daß sie ein besonderes Preß-Bureau errichteten und von Altona aus die verschiedenen Irrthümer der Zeitungen in Betreff der bundescommissarischen Verwaltung des Herzogthums Holstein u. s. w. berichtigten, hat die neueste Handlungsweise derselben alle die schönen Hoffnungen und Erwartungen getödtet. Das Bundes-Commissariat hat nämlich der allgemeinen Denkweise der altonaer Einwohnerschaft zum Trotz denselben Geistlichen wieder in sein früheres Amt zurückgeführt, der am Christabend in Gemeinschaft mit den HH. von Scheele und von Willemoes-Suhm auf bundescommissarische Anordnung das altonaer Stadtgebiet räumen müßte: Der wegen seiner dänischen Gesinnung allgemein angefochtene Propst Nievert ist in der Eigenschaft eines ersten Geistlichen der Stadt Altona wieder angestellt und einer Namens der Einwohnerschaft zum Protest vor den Bundes-Commissaren erschienenen Deputation von Herrn v. Könneritz — so erzählt mir ein höchst ehrenwerther Freund — die Antwort ertheilt worden, daß Herr Nievert von Sonntag an wiederum den Gottesdienst leiten müsse, und daß das Bundes-Commissariat den entgegenstehenden Wünschen der Bevölkerung keine Berücksichtigung schenken könne! In Altona herrscht nun heute eine große Aufregung, doch sollen die Commissare in keiner Hinsicht zur Nachgiebigkeit geneigt sein.

Altona, 20. Jan. [Gegen die Wehrvereine.] Das „Gesetz- und Verordnungsblatt für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg" enthält folgende, an sämmtliche Polizeibehörden beider Herzogthümer gerichtete Verordnung:

„Der neuerdings an einzelnen Orten gemachte Versuch, sogenannte Wehr-Vereine zu organisiren, veranlaßt Uns, die Wachsamkeit der Behörden in Zeiten auf das Unstatthafte und Ungesetzliche solcher Vorhaben hinzulenken und dieselben um so mehr zu sorgfältiger Ueberwachung der in dieser Beziehung etwa zu Tage tretenden, gemeinbedenklichen Bestrebungen anzuweisen, als durch dieselben dem Lande wie den einzelnen Gemeinden nothwendig nur Unzuträglichkeiten und Verwickelungen erwachsen können, welche vermieden zu sehen ein Jeder zum wahren Wohle der Bevölkerung aufrichtig wünschen muß. — Wir versehen Uns daher zu dem Pflichteifer der Polizei-Behörden, daß, wo dessen ungeachtet derartige Bestrebungen sich bemerklich machen sollten, dieselben diesen entgegen zu treten und so weit nöthig, zu nachdrücklichem Einschreiten hiergegen sich verpflichtet halten, Uns aber von allen in dieser Richtung in ihren Bezirken gemachten Wahrnehmungen ungesäumt durch Berichterstattung in Kenntniß zu setzen nicht verfehlen werden. Altona, den 19. Januar 1864. Die Bundescommissare für die Herzogth. Holstein und Lauenburg. v. Könneritz. Nieper."

Kopenhagen, 21. Januar. [Eine Erklärung Monrads.] Bei der heutigen Adreßdebatte im Reichstage erklärte Ministerpräsident Monrad: Sollte die November-Verfassung aufgehoben werden, so müßte und könnte es nur auf verfassungsmäßigem Wege geschehen. Es sei unrichtig, wenn in der vorgeschlagenen Adresse gesagt werde, der Zweck der Bestrebungen des Königs Friedrichs VII. sei gewesen, dem dänischen Reiche die selbstständige Stellung in der Monarchie zu sichern; sein Zweck sei vielmehr gewesen, die Monarchie zu sammeln (hört!) und nur durch den Druck der Begebenheiten habe der König sich gezwungen gesehen, für Holstein die Verbindung mit den übrigen Landestheilen aufzuheben. „Nicht wir, sondern der Bund hat Holstein von uns weggezogen und wenn der Bund uns keine Hindernisse länger bereitet, so sind wir willig, diesen Landestheil in constitutionelle Verbindung mit den übrigen Landestheilen aufzunehmen. Wir stehen an der Schwelle verhängnißvoller Begebenheiten, er (Monrad) werde aber wissen, die übernommene Verantwortlichkeit zu tragen, jedoch so, daß er keinen Zoll breit von dem abweiche, wozu er die Regierung staatsrechtlich verpflichtet hält (hört! hört!). Er müsse den Reichstag bitten, sich jeden Versuches zu enthalten, die Regierung zu vermögen, auch nur um eines Haares Breite von dem abzuweichen, was sie als das Rechte betrachte. (Tel. Dep. d. H. N.)

Italien.

Turin. [Ueber die Haltung der italienischen Presse in der schleswig-holsteinschen Frage] wird der „N. Fr. Ztg." Folgendes geschrieben:

Das größte Erstaunen muß es erregen, wie die demokratische Presse und vor allen andern, der die parlamentarische Demokratie vertretende „Diritto" eine Sprache führt, die so geradezu den sonst von ihnen vertretenen Prinzipien widerspricht. Das genannte Blatt geht soweit, nicht allein den Dänen und den mit ihnen verbundenen skandinavischen Völkern den Sieg zu wünschen, sondern auch es auszusprechen, daß die Deutschen für ihre Anmaßung gestraft werden möchten. Vergebens forscht man nach den Gründen, die „Diritto" vermögen können, diese auffallende Sprache zu führen. Sollte es Unkenntniß und Mangel an politischem Urtheil sein? Oder müssen wir die Ursache darin suchen, daß eben die italienische Demokratie der engl. Politik folgt? In diesem Falle müßten wir das Land beklagen, das keine Partei besitzt, die sich zur Unabhängigkeit erheben könnte. — Die klerikalen Blätter, z. B. „Armonia" und „Unita Cattolica", beschränken sich, in ihren Spalten die Thatsachen wiederzugeben ohne besondere Zusätze; sie zählen zum Voraus die Schäden auf, die aus einem Kriege erwachsen: ob gerecht oder ungerecht geführt, gilt für sie gleich, recht ist für diese, woraus ihnen ein Vortheil erwächst. Die übrigen italineischen Journale) „Perseveranza" und manche andere Zeitungen ausgenommen) führen meistens keine feindliche Sprache gegen Deutschland, und vor den andern die ministeriell-demokratischen, beleuchten die deutsch-dänische Angelegenheit vom richtigen Standpunkt. Die „Discussione" spricht in einem Leitartikel ihr Bedauern aus, daß die deutschen Verhältnisse in Italien so wenig gekannt seien, und schließt mit folgenden Worten: „Alle Fragen, welche gegenwärtig die Welt bewegen, finden sich vereint in der Frage der kleinen Elbherzogthümer; die Frage über die Geltung der Verträge von 1815, jene der Nationalität und jene des Prinzips des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Es sichert dies den Deutschen die Sympathie aller Liberalen". — Die „Stampa", „Opinione", „Italia" und „Monarchia" zeigen sich freundlich für die Wünsche der deutschen Natian und ihr Streben nach politischer Einheit. Man kann also mit Recht behaupten, daß im Allgemeinen die Presse Italiens und dabei die Majorität dieses Volkes sich für die Rechte Deutschlands ausspricht.

Frankreich.

* **Paris,** 20. Jan. [Eine Verwarnung der deutschen Großmächte.] Der „Constitutionnel" bringt heute folgenden bemerkenswerthen von Herrn Limayrac gezeichneten Artikel:

Durch telegr. Privat-Mittheilung erfahren wir heute die Resolutionen Oesterreichs und Preußens in der Sache der Herzogthümer. Die dänische Regierung ist aufgefordert worden, in kürzester Frist die November-Constitution zurückzuziehen, widrigenfalls Schleswig als Pfand von den beiden deutschen Großmächten in Beschlag genommen werden würde. In diesem Augenblicke sind österreichische und preußische Truppen auf dem Marsche nach Schleswig. — Man muß bedauern, daß die Cabinette von Wien und Berlin einen solchen Entschluß gefaßt haben. Angesichts der Lage, in die der König Christian IX. durch die dänische Nationalpartei gebracht ist, begreift man nicht, daß ihm nicht eine längere Frist zur Ausführung einer so wichtigen Veränderung gestattet wurde. Noch mehr, es ist zu fürchten, daß die von Oesterreich und Preußen angenommene Haltung Niemand befriedige. Die Cabinette und die Bevölkerungen Deutschlands sehen, nach dem Zeugniß aller Organe der Presse, nicht ohne Bewegung, wie ein vom Bundestage mit so imposanter Majorität gefaßter Beschluß, durch die beiden Großmächte nicht anerkannt wird. Seinerseits zeigt sich Dänemark durch die strengen Formen unangenehm berührt (affecté), welche von den beiden Großmächten zur Durchsetzung der von ihnen verlangten Zugeständnisse angewandt worden sind. — Muß endlich Europa, das einerseits die Ausübung eines lebhaftern, unmittelbarern Druckes durch die deutschen Großmächte, anderseits die Eventualität eines energischen Widerstandes gewahrt, zu dem Dänemark fortgerissen werden könnte — muß Europa, sagen wir, nicht befürchten, diesen Krieg, den es vor allem vermeiden möchte, nur um so schneller ausbrechen zu sehen? — Nach den unbestreitbaren Beweisen von Mäßigung und Klugheit, welche Oesterreich und Preußen in dem Augenblicke gaben, wo die dänisch-deutsche Frage von Neuem vor den Bund gebracht wurde, ist es schwer, ihr heutiges Verhalten zu begreifen. — Die neue Phase der österreichisch-preußischen Politik weicht so sehr von derjenigen der ersten Tage ab, daß die öffentliche Meinung sich natürlich sehr ungeduldig zeigt, die Ursachen des in Berlin und Wien bewerkstelligten Umschwunges kennen zu lernen.

[Napoleon bundesfreundlich.] Ich höre bestätigen — schreibt ein hiesiger Correspondent — daß Se. Majestät ein Handschreiben an den König von Sachsen richtete, worin der Kaiser sich beifällig über die dresdener Politik in der dänischen Angelegenheit ausspricht und eine lebhafte Sympathie für den deutschen Bund bekundet.

[In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers] handelte es sich um ein Amendement der Opposition betreffs der Coalitions- und Associationsfreiheit. Dasselbe lautet: „Die Abschaffung des Gesetzes über das Vereinswesen, welches wir schon im vorigen Jahre wünschten, würde eine Wohlthat sein. Die Arbeiter, überzeugt, daß die Freiheit zugleich die einzige Garantie der Ordnung und der Arbeit, so wie die fruchtbarste Quelle des moralischen und materiellen Wohlstandes ist, verlangen vom Staate nichts als das Recht, ihre Lage durch ihre eigene Energie zu verbessern; Unterricht und erweitertes Vereinsrecht werden ihnen die Mittel dazu liefern." Wie leicht zu erachten, wurde für diese so wichtige und starke Position von der liberalen Partei lebhaft gekämpft. Es sprachen in freiheitlichem Sinne Darimon, J. Simon und E. Ollivier; dagegen Herr v. Morny und de Parieu, welcher behauptete, daß, was immer in dieser Sache geschehen könnte, von der Regierung bereits gethan sei, indem dieselbe einen Entwurf zur Verbesserung der bestehenden Gesetze ausgearbeitet habe, welchen sie der Kammer noch im Laufe dieser Session vorlegen werde. Bei der hierauf vorgenommenen Abstimmung erhielt das betreffende Amendement nichtsdestoweniger 54 Stimmen von 249. Am Schluß der Sitzung wurde eine Deputation gewählt zur Betheiligung an dem Leichenbegängniß des Admiral Hamelin, welches heute stattfinden soll.

[In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers] kam ein Amendement von 15 Oppositions-Mitgliedern, verstärkt durch Marquis d'Andelarre, zur Verhandlung. Dasselbe verlangt für die Generalräthe und Gemeinderäthe das Recht, ihre Präsidenten selbst zu wählen; es verlangt ferner die Aufhebung der von der Regierung ernannten Municipal-Commissionen von Paris und Lyon. Es sprachen d'Andelarre, Pelletan und O'Quin. Die drei ersten Alineas des Amendements erhielten nur 17, der auf die Municipal-Commissionen bezügliche aber 62 Stimmen Minorität.

Großbritannien.

London, 19. Jan. [Die Presse. — Die Winterbekleidung der preußischen und der englischen Truppen.] Unsere großen Blätter haben sich in drei Lager getrennt. Die einen halten seit gestern einen Krieg, vorerst einen dänisch-deutschen, für unvermeidlich; die anderen hoffen von der mehrwöchentlichen Frist, die verfließen muß, bis die Oesterreicher und Preußen zum Ueberschreiten der Eider bereit sein können, daß sie einem friedlichen Ausgleiche einige Hinterthüren erschließen werde, und die dritten erklären in komischer Verzweiflung, daß die von jeher unverständliche schleswig-holsteinische Angelegenheit jetzt absolut unfaßbar geworden sei. — Die Thatsache, daß die nach Holstein abrückenden preußischen Regimenter nicht genügend mit den Bedürfnissen für einen Winterfeldzug versehen sind und daß zu diesem Zwecke Privatvereine thätig sein müssen, gibt hier zu allerlei Glossen Veranlassung, die sich nicht immer abwehren lassen. Ein Vergleich mit dem Krim-Feldzuge hält in der That nicht Stich. Allerdings waren in Balaklawa den englischen Soldaten Füße und Hände erfroren, weil keine warmen Strümpfe und Handschuhe zur Stelle waren, und Privatvereine hatten sich gebildet, um der Armee rasch das Fehlende zuzusenden. Aber damals war ein großer Dampfer, der mit Winter-Monturen geladen war, im schwarzen Meere untergegangen, und wenn der Regierung ein Vorwurf gemacht werden konnte, so war es der, daß sie den größten Theil dieser Winter-Kleidungsstücke einem einzigen Schiffe anvertraute, statt sie auf mehrere Dampfer zu vertheilen, nicht aber, daß sie die Ablieferung an die Truppen versäumte, oder daß es am Gewünschten in den Magazinen fehlte, wobei noch zu bedenken ist, daß die Truppen im Januar aus England abzogen, daß die Regierung damals auch nicht die leiseste Ahnung von einem Winter-Feldzuge nach der Krim hatte, und daß es etwas ganz Anderes ist, Truppen in ihren Standquartieren zu equipiren und sie auf eine Entfernung von 3000 Seemeilen mit allem Nothwendigen zu versorgen. Und doch, wie wnrde damals in preußischen Regierungsblättern über die englische Armee-Verwaltung losgezogen! (K. Z.)

London, 20. Jan. [Oesterreich] hat hier das Versprechen abgegeben, daß es nur aus dem Grunde in Schleswig einrücken werde, um einen Conflict zwischen Deutschland und Dänemark zu verhindern. Lord Russell wurde ersucht, dem dänischen Cabinete diesen Standpunkt der österreichischen Politik klar zu machen. (K. Z.)

Spanien.

Madrid, 20. Jan. [Das neue Ministerium.] Der Ministerpräsident hat den Cortes erklärt, die Regierung gehöre der spanischen historischen Doctrinär-Partei und es werde so sein, so lange politische Parteien beständen, welche die Constitution, den Thron und die Dynastie nicht anerkennten. Der Ministerpräsident fügte hinzu, in der Beziehung der constitutionellen Parteien sei für die Ausübung der kgl. Prärogative Mäßigung erforderlich.

Cadix, 20. Jan. [Aus St. Domingo] wird gemeldet, daß das Dampfschiff „Leon" am 5. eine englische mit Munition für die dominicanischen Insurgenten beladene Goelette aufgebracht hat. Die Goelette leistete keinen Widerstand.

Osmanisches Reich.

[Staatsstreich in Aussicht.] Man schreibt der „N. Pr. Z." aus Paris: Es unterliegt jetzt keinem Zweifel mehr, daß Fürst Kusa die Pforte und die Großmächte in einer Denkschrift gewissermaßen um die Erlaubniß gebeten hatte, durch einen isolirten Akt (um sich nicht des Wortes „Staatsstreich" zu bedienen) die Positionen der Donaufürstenthümer abzuändern und sich eine fünfjährige Dictatur beizulegen. Ohne hier in die Einzelnheiten der diplomatischen Unterhandlungen eingehen zu wollen, können wir melden, daß die Antwort aller Mächte im Wesentlichen dahin lautete, sie seien einer Modifizirung der gegenwärtigen Sachlage in den Donaufürstenthümern nicht abgeneigt, und sie dürfe nur vermittelst einer Conferenz der Unterzeichner des pariser Vertrages vorgenommen werden. Jeden „isolirten Act" des Fürsten müßten sie sich verbitten.

Amerika.

Montevideo, 15. Dez. [Der Bürgerkrieg.] Das Gerücht von einer Niederlage, welche Flores dem General Medina beigebracht haben sollte, ist unbegründet. Eben so wenig ist aber auch Flores von den Regierungstruppen besiegt worden; er scheint einem Conflicte auszuweichen und ist zum viertenmale über den Rio Negro zurückgegangen. Das Gebiet nordwärts von diesem Flusse ist ganz in seinen Händen und denen seiner Parteigenossen. General Servando Gomes ist Flores über den Fluß gefolgt und sucht zunächst die von den Insurgenten unterbrochene Verbindung mit Salto und Paysandu wieder herzustellen. Inzwischen hat sich der Zwiespalt unter der Regierungspartei, den Blanco's, in der Hauptstadt erweitert und wird, wie man fürchtet, am 15. Februar, bei der Neuwahl des Präsidenten des Senats, der verfassungsmäßig zugleich Vice-Präsident der Republik ist, zum offenen Ausbruche kommen. Man glaubt sich den Rückzug des Flores über den Rio Negro daraus erklären zu können, daß er dort das Resultat des Verfassungskampfes abwarten will, deren Ausfall ihn ohne Schwertstreich zum Herrn der Situation machen könnte. Zu allen Wirren im Innern kommt noch ein diplomatischer Zwist, in welchen Uruguay mit der argentinischen Conföderation gerathen ist, und der

zur Folge gehabt hat, daß sich der argentinische Gesandte Marmol und die argentinischen Consuln zurückgezogen haben und die diplomatischen Verbindungen abgebrochen worden sind. Der Präsident der argentinischen Conföderation, General Mitre, hat bereits den Kriegsminister nach der Insel Martin Garcia geschickt, um sie für den Fall eines Krieges mit Uruguay in Vertheidigungszustand zu setzen. Auch sind argentinische Truppen und Kriegsschiffe dorthin abgegangen.

Asien.

London, 21. Jan. Nach Berichten aus Shanghai vom 8. Dezember hat General Gordon die von den Taipings besetzte Stadt Soo-Cheo (östlich von Nangking) eingenommen.

Der den Conföderirten gehörige Dampfer „Alabama" war in Singapore eingetroffen.

Provinzial-Zeitung.

** **Breslau,** 23. Jan. Heute Früh ist der erste österreichische Militär-Extrazug hier eingetroffen. Derselbe brachte das Jäger-Bataillon Nr. 9 (steirische Jäger), in Stärke von 30 Offizieren, 1030 Mann, 39 Pferden und 10 Fahrzeugen. Ein preußisches Musikchor spielte zum Empfange auf dem Bahnhofe, der außerdem von einem zahlreichen Publikum belebt war. Das Bataillon ist theils in der Kürassier-Kaserne, theils in anderen Kasernen untergebracht. Morgen Früh 8 Uhr fährt das Bataillon weiter.

Breslau, 23. Januar. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Vorwerks-Straße Nr. 2 fünf Thaler in verschiedenen Münzsorten; Teichstraße Nr. 1b fünfzehn Flaschen Ungarwein, sechs Flaschen Hochheimer und zwölf Flaschen Rothwein; Schweidnitzer-Straße Nr. 8 ein Paar schwarze Tuchhosen, eine schwarze Tuchweste, ein Paar kalblederne Stiefeln und 1⅓ Thaler baares Geld.

Polizeilich mit Beschlag belegt: eine gute wollene braun- und schwarzkarrirte Pferdedecke mit grün- und gelbgestreifter Kante, und ein alter Strippengurt mit Kissen.

Verloren wurden: eine silberne Brille mit Futteral; ein großer Bisam-Pelzkragen, mit brauner Seide gefuttert.

Angekommen: Se. Durchlaucht Otto Prinz von Thurn und Taxis, k. k. österreichischer Oberlieutenant, aus Pardubitz. (Pol.-Bl.)

=ch.= **Oppeln,** 21. Jan. [Departements-Ersatz-Geschäft. — Militär-Eskorte.] Mit Rücksicht darauf, daß das diesjährige Departements-Ersatz-Geschäft bereits mit Ende des Monats März beendigt sein muß, wird dasselbe diesmal bei beiden Brigaden des hiesigen Regierungs-Bezirks zu gleicher Zeit stattfinden und unter Beobachtung des vierwöchentlichen Zwischenzeitraums nach dem im Anfang Februar schließenden Kreis-Ersatz-Geschäft, im Bereich der 23. Brigade am 3ten, in dem der 24. Brigade am 6. März beginnen. Bei ersterer fungiren als Vorsitzende General-Major von Ingersleben und der Militär-Departements-Rath Regierungs-Rath Rudloff, bei der letzteren General-Major von Bojanowski und der für dieses Geschäft als zweiter Militär-Departements-Rath committirte Regierungs-Rath Neugebaur. — Unter Bezugnahme auf die Correspondenz Ihrer Zeitung d. d. Woischnik, 29. Dezember, nach welcher ein desertirter, demnächst von russischen Grenzsoldaten bei Niczdara in Polen wieder aufgegriffener und in Tarnowitz inhaftirter Soldat von dem damals zu Zielonna, Kreis Lublinitz, stationirten Detachement des 2. Oberschlesischen Infanterie-Regiment Nr. 62, verdächtig war, den Zolleinnehmer Vogt bei Zyglin in seiner Stube erschossen zu haben und mit dem Bestande der Zollkasse geflüchtet zu sein, theilen wir mit, daß derselbe heute unter militärischer Eskorte hier durchgebracht und Nachmittag mit dem gemischten Eisenbahnzuge nach Neisse transportirt worden ist, um daselbst der Commandantur übergeben zu werden. Ob derselbe des Verbrechens geständig ist, konnten wir nicht ermitteln, glauben dies aber eher annehmen zu dürfen, weil Transportat in Ketten geschlossen war.

† **P.-Wartenberg,** 18. Jan. [Zur Tagesgeschichte.] Am Freitag (15. Januar) wurden hier die wieder- resp. neugewählten Stadtverordneten durch den Bürgermeister in ihr Amt eingeführt. Nach der Einführung schritt man zur Constituirung des Bureau's der Versammlung und es wurden gewählt zum Stadtverordneten-Vorsteher Kreis-Thierarzt Trespe, zum Stellvertreter desselben Superintendent Königk, zum Protokollführer Kaufmann Robert Elsner und zu dessen Stellvertreter Buchdruckereibesitzer Heinze. — Ein längst gehegter Wunsch der hiesigen Einwohner ist es, daß, wie in dem hiesigen Intelligenzblatte die Vorlagen für die nächste Stadtverordneten-Sitzung bekannt gemacht werden, in demselben Blatte auch die Bekanntmachung der gefaßten Beschlüsse erfolgt. Wenn man bedenkt, daß dieses Blatt die Commune jährlich 25 Thlr. kostet; wenn man ferner erwägt, daß monatlich nur höchstens eine Sitzung der Stadtverordneten stattfindet, so muß der Wunsch der Veröffentlichung der Stadtverordnetenbeschlüsse unbedingt und um so mehr gerechtfertigt erscheinen, als die meisten Bürger und Einwohner der Stadt durch die Erfüllung der Pflichten ihres Berufes abgehalten werden, den Sitzungen beizuwohnen. — Unsere Kommune ist zu wenig gut situirt, um für die Beleuchtung der Stadt mehr als nöthig thun zu können, aber was eben nöthig ist, muß geschehen und nöthig ist einmal die Anschaffung mehrerer Laternen, — zum Andern aber die Beleuchtung der Stadt selbst an den Abenden, wo der Kalender Mondschein verspricht, aber das Versprochene nicht hält. Gerade an solchen Abenden ist es mit Lebensgefahr verbunden, auf den Straßen zu gehen, da im süßen Bewußtsein einer zu nachtsichtsvollen Straßenpolizei die Fuhrleute sich nicht entblöden, ihr Fuhrwerk ohne irgend eine daran befestigte Laterne mitten auf der Straße stehen zu lassen. Besonders ist dies in der „deutschen" Vorstadt der Fall. — Wir begrüßen mit Freuden die nahe Endschaft der Abschätzung von Grundstücken zur Grundsteuerveranlagung im hiesigen Kreise, da durch das Mitwirken bei dieser Commission der Stadt Kräfte entzogen worden sind, auf deren volle Thätigkeit die Stadt angewiesen ist. Am 21. d. M. verläßt uns das Militär, welches seit dem Juni v. J. hier im Quartier gelegen hat.

=r. **Zauditz** (Kreis Ratibor), den 21. Jan.*) Den meisten Schlesiern ist das Städtchen Zauditz wohl eine unbekannte Größe, denn die Zauditzer waren bisher nicht gewohnt, mit ihren Freuden, Leiden oder Zänkereien vor die Oeffentlichkeit zu treten; trotzdem schreitet Zauditz, wenn auch im Orte selbst nur wenig oder keine sogenannten Fortschrittsmänner zu finden sind, allmählich fort! Der Ring, auf welchem vor Jahren noch Mancher Gras wachsen sah und die Budeninhaber an Jahrmärkten nur unter Protest Standgeld zahlten, ist jetzt zum größten Theil gepflastert. Einer Post-Expedition so wie eines Arztes erfreut sich Zauditz seit einer Reihe von Jahren. Die Errichtung einer Apotheke steht in naher Aussicht und hat die königl. Regierung bereits zur Concessionsbewerbung aufgefordert. Diese Wohlthat verdankt der Ort wohl zum größten Theil der thätigen Fürsorge des Kreislandraths v. Selchow. Zu ungleich größerem Danke aber würde sich Zauditz und Umgegend verpflichtet fühlen, wenn die Behörde am Orte eine Gerichts-Commission errichten und dadurch einem tiefgefühlten, dringenden Bedürfnisse abhülfe. Es giebt wohl nur wenige oder keine Ortschaften im großen Vaterlande, deren Bewohner 4 Meilen bis zu ihrem Gerichtsstande haben, wie es bei vielen Dorfbewohnern in der Umgegend von Zauditz der Fall ist. Die Betreffenden müssen, wenn sie Morgens zu einem Termin erscheinen sollen, an kurzen Wintertagen und bei schlechten Wegen Tags zuvor ihre Reise nach Ratibor antreten. Welche Last dies ist, und wie theuer dadurch den Armen das Recht wird, liegt auf der Hand. Zauditz, in der Mitte gelegen, eignet sich am besten zur Errichtung einer Gerichts-Commission. — Die vor drei Jahren hierorts vollzogene Ackerseparation erweist sich auch bei uns als segensreich. Ein neuer, frischer Geist erfüllt unsere Bürger und drängt sie zu rationeller Bewirthschaftung ihrer Aecker, und der ohnehin fruchtbare Boden unserer Gegend wird den größeren Fleiß nicht unbelohnt lassen.

*) Ist erwünscht. Wir bitten um unfrankirte Briefe. D. Red.

f. **Hultschin,** 21. Jan. [Wölfe. — Goldene Hochzeit. — Kaufmännischer Verein. — Feuer.] In der Nähe des von hier etwa zwei Meilen gelegenen Hüttenwerkes Wittkowitz zeigen sich in dem dortigen Walde vereinzelt Wölfe und ist neulich eine allein durch diesen Wald gehende Frau das Opfer eines Wolfes geworden. Man fand von dem Leichnam nur wenige Ueberreste vor. — Am 11. d. M. feierte der hiesige Schneidermeister Johann Kalischek mit seiner Ehefrau die goldene Hochzeit. Beide Jubilare sind noch sehr rüstig. — Am 18. d. M. feierte der seit einiger Zeit hier gebildete kaufmännische Verein seine Stiftung durch einen Ball. — In dem Dorfe Kosmütz, aus welchem ich erst neulich einen Brand berichtete, brannte am 18. d. Mts. wiederum durch Unvorsichtigkeit eine Bauernwirthschaft mit sämmtlichen Gebäulichkeiten und Vorräthen nieder.

= **Kosel,** 21. Jan. [Tageschronik.] Ein Kaufmann aus Wien verlor kürzlich auf dem Perron des hiesigen Bahnhofes eine Brieftasche, in welcher sich 240 Thlr. in Banknoten befanden. Nachdem dieser Verlust am letzten Sonntage durch die Zeitungen bekannt gemacht und für den Finder eine Prämie von 40 Thlrn. ausgesetzt worden war, kam am gestrigen Tage die Brieftasche sammt 200 Thlrn. durch die Post hier an, mit dem von Damenhand geschriebenen Begleitbriefe eines „Ungenannten." — Auch in unserem Kreise wird über Klassensteuererhöhungen vielfach geklagt.

⁎ **Kandrzin,** 22. Jan. Die Truppenbewegungen aus Oesterreich nahmen bereits heut Früh ihren Anfang. Der Personenzug nach Breslau mußte hierselbst außer dem bisher in Festung Kosel garnisonirten 1. Bat. 11. Inf.-Regts. ein Detachement österreichischer Jäger von ca. 100 Mann aufnehmen, wodurch eine verspätete Abfahrt von einer Stunde herbeigeführt wurde. Die Haltung wie Equipirung der fremden Truppen machte einen allgemein guten Eindruck. — Unter den letzteren bemerkte ich mehrere ganz jugendliche Leute, deren Decorationen Theilnahme am letzten italienischen Feldzuge bekundeten.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

Bromberg, 18. Jan. [Aus Polen.] Ein heute hier eingetroffener deutscher Gutsbesitzer aus der Gegend von Wloclawek in Polen theilte mir mit, wie er am Sonnabend, als er eben zur Stadt Wloclawek zwischen 9 und 10 Uhr Vormittags einfuhr, Augenzeuge einer Exekution gewesen sei. Nachdem etwa eine Stunde vorher in allen Stadttheilen seitens der betreffenden Stadt- resp. Polizeidiener das Publikum durch anhaltendes langes Knarren herbeigelockt war, wurde ausgerufen, daß heute 4 ergriffene Hänge-Gendarmen durch den Strang hingerichtet und am Montage, den 18. d. M., 2 Insurgenten-Anführer erschossen werden würden. In ähnlicher Weise wurde das Urtheil auch den Delinquenten publicirt. Der Galgen war hinter dem jüdischen Kirchhofe errichtet, wohin die Verbrecher, begleitet von einem katholischen Geistlichen und gefolgt von einer unabsehbaren Menschenmenge, durch die Henker geführt wurden. Der Platz war vom Militär abgesperrt; die Exekution dauerte nur wenige Minuten. Einen betrübenden Eindruck machte es auf meinen Gewährsmann, als er unter den Delinquenten auch einen gewissen Kopczynski erblickte, mit dem er als Kind einst in Wloclawek auf derselben Schulbank gesessen hatte. Ein anderer Delinquent war gar ein Preuße aus der Gegend von Tilsit. — Am Freitage wurden aus Wloclawek 73 der bei verschiedenen Gelegenheiten zu Gefangenen gemachten polnischen Insurgenten theils nach Sibirien in die dortigen Bergwerke, theils in das Innere von Rußland abgeführt, um unter das Militär gesteckt zu werden. Gegenwärtig sollen sich in Wloclawek in den dortigen Gefängnissen noch 204 ergriffene Insurgenten befinden, die ihrem Urtheilsspruche entgegenharren. (Pos. Z.)

Vorträge und Vereine.

□ **Breslau,** 19. Jan. [Handwerker-Verein.] In der gestrigen Versammlung schloß Herr Prof. Dr. Sadebeck seinen Cursus über Kalender-Kunde und populäre Astronomie. Er behandelte die Planeten, denen man früher bekanntlich einen bestimmenden Einfluß auf die Witterung und die Schicksale der Menschen zuschrieb, erklärte die Begriffe der „Recht- und Rückläufigkeit", den Wechsel der Lichterscheinungen in der Venus, die Zeitgleichen und die „mittlere Sonnenzeit". Ausgetheilte Zeichnungen, so wie größere Tafeln, darunter auch gestern zur Veranschaulichung des eben so lehrreichen als mit allgemeinem Interesse aufgenommenen Vortrags. Der Vorsitzende sprach dem Vortragenden am Schluß den Dank des Vereins und den Wunsch nach Fortsetzung ähnlicher Belehrung aus, was Derselbe bereitwilligst zusicherte; im weitern Laufe des Abends gaben mehrere Fragen ihm nochmals Anlaß über Einwirkung der Scene auf die Erde, und das Wesen der Kometen zu sprechen. Nachdem der Vorsitzende noch mehrere Fragen verschiedenen Inhalts beantwortet hatte, wurde die Sitzung mit der Anzeige geschlossen, daß nächsten Sonntag im Saale der Humanität das Kränzchen der Gesangsklasse stattfinde, wozu Billets an der Controle zu haben seien.

E. **Hirschberg,** 12. Jan. [Der Gewerbe-Verein] wurde gestern vom Hrn. Vorsitzenden Bürgermeister Vogt mit einer Gratulation und dem Wunsche eröffnet, daß auch im Jahre 1864 derselbe blühen und gedeihen möge. Nächstdem folgen Mittheilungen über den Jahresabschluß, wonach 151 Thlr. 15 Sgr. 6 Pf. eingenommen, 96 Thlr. 18 Sgr. 6 Pf. verausgabt wurden, und ein Bestand von 54 Thlr. 27 Sgr. bleibt. Im vor. Jahre hielt der Verein 13 Sitzungen und veranstaltete 2 Excursionen. Hr. Apotheker Moritz Lucas wird für seine Mühwaltung als Rendant des Vereins durch Aufstehen der gebührende Dank votirt, worauf man zur Vorstandswahl schreitet und „die Alten" beibehalten werden. Statt des angekündigten Vortrages über Trichinen 2c. wird ein ausführlicher Aufsatz, denselben Gegenstand besprechend, vorgelesen, und ein probeweise eingesandter Trichinen-Schnaps geprüft. Herr Prorector Ender meint, daß nur der Spiritus im Schnapse der Bestandtheil sei, die Trichinen zu tödten. Außer diesem folgten noch Mittheilungen aus gewerblichen Blättern, und knüpfte sich an diese eine Debatte über die brennende Tagesfrage, unsere „schlechte Gasbeleuchtung." Herr Prorector Ender kündigt schließlich für die nächste Sitzung einen Vortrag über latente Wärme und metrische Maße an.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 22. Jan. 10 U. Ab.	333,43	+1,8	S. 1.	Trübe.
23. Jan. 6 U. Mrg.	332,73	+2,4	S. 1.	Trübe.

Breslau, 23. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 12 F. 9 Z. U.-P. 1 F. 7 Z. Eisstand.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 22. Januar, Nachm. 3 Uhr. Fortdauernde Geschäftsstockung. Die Rente wurde anfangs zu 66, 40 gehandelt, wich, als sich an der Börse das Gerücht verbreitete, es seien neue beunruhigende Nachrichten aus Deutschland eingetroffen, auf 66, 05, hob sich wieder bis auf 66, 25 und schloß zu diesem Course in matter Haltung. Schluß-Course: 3proz. Rente 66, 25. Ital. 5proz. Rente 68, 25. Ital. neueste Anleihe —. 3proz. Spanier —. 1proz. Spanier 45¾. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 390, —. Credit-Mobilier-Aktien 1010, —. Lomb. Eisenbahn-Aktien 515, —.

London, 22. Jan, Nachm. 3 Uhr. Türkische Consols 46⅜. Consols 90¾. 1proz. Spanier 45¾. Mexikaner 35⅛. 5proz. Russen 91. Neue Russen 87½. Sardinier 83. Hamburg 3 Monat 13 Mk. 7½ Sch. Wien 12 Fl. 45 Kr.

Nach dem neuesten Bankausweise beträgt der Notenumlauf 20,827,195, der Metallvorrath 12,974,109 Pfd. St.

Wien, 22. Januar, Nachm. 12½ Uhr. Haltung schwankend. 5proz. Metalliques 72, 60. 4½proz. Metalliques 63, 75. 1854er Loose 90, 25. Bank-Aktien 780, —. Nordbahn 169, 20. National-Anlehen 80, 20. Credit-Aktien 181, 20. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 189, 25. London 120, —. Hamburg 91, 25. Paris 47, 50. Gold —. Böhmische Westbahn 153, 25. Neue Loose 131, —. 1860er Loose 93, 25. Lomb. Eisenbahn 245, —.

Frankfurt a. M., 22. Jan., Nachm. 2½ Uhr. Oesterreichische Spekulationspapiere anfangs höher, im Laufe des Geschäfts etwas matter, schlossen fest. Böhmische Westbahn —. Finnländische Anleihe 84⅞. Schluß-Course: Ludwigsh.-Bexbach 134½. Wiener Wechsel 95¼. Darmst. Bank-Aktien 211½. Darmst. Zettel-Bank 250½. 5proz. Metalliques 56⅝. 4½proz. Metall. 49⅞. 1854er Loose 71. Oesterr. National-Anleihe 63⅞. Oesterr.-Französ. Staats-Eisenbahn-Aktien 180. Oesterr. Bankantheile 752. Oesterreich. Credit-Aktien 173. Oesterreich. Elisabetbahn —. Rhein-Nahe-Bahn 25¼. Hess. Ludwigsbahn 121⅞. Neueste österr. Anleihe 76¼.

Hamburg, 22. Jan., Nachm. 2½ Uhr. Bei gutem Geschäft höhere Course; beim Schlusse der Börse mattere Haltung. Londoner Wechsel begehrt, sonst Valuten geschäftslos. Bei milder Luft anhaltendes Thauwetter; Südsüdwestwind. Schluß-Course: National-Anleihe 65 Br. Oesterr. Credit-Aktien 73⅝. Vereinsbank 103¾. Norddeutsche Bank 102. Rheinische 92½. Nordbahn 54¼ Br. Finnländ. Anleihe 84 Br. Disconto 4, 3¾. Wien 93, 75. Petersburg 29½.

Hamburg, 22. Januar. [Getreidemarkt.] Leblos; Weizen Frühjahr ab Fehmarn 1—2 Thlr. niedriger offerirt. Oel loco 24, Mai 24¼, Oktober 24½. Kaffee wenig Geschäft. Zink ruhig.

Liverpool, 22. Januar. [Baumwolle.] 4,000 Ballen Umsatz. — Preise gegen gestern unverändert. Wochenumsatz 25,690 Ballen. Middling Orleans 27¾. Upland 27. Fair Dhollerah 23.

London, 22. Januar. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Englischer Weizen gefragt, fest, fremder vernachlässigt. Gerste langsam weichend. — Regen.

Amsterdam, 22. Januar. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen nominell. Roggen, Termine 2 Fl. niedriger. Raps April 69½, Okt. 70. Rüböl Mai 38½, Herbst 39¾.

Berliner Börse vom 22. Januar 1864.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	Cours
Freiw. Staats-Anl.	4½	99¾ bz.
Staats-Anl. von 1859	5	104⅝ bz.
dito 1850. 52	4	94⅛ bz.
dito 1854	4½	99¾ bz.
dito 1855	4½	99¾ bz.
dito 1856	4½	99¾ bz.
dito 1857	4½	99¾ bz.
dito 1859	4½	99¾ bz.
dito 1853	4	95¾ B.
Staats-Schuldscheine	3½	88 bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	118½ bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	101 G.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	88¼ bz.
Pommersche	3½	87¾ G.
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue	4	93⅝ B.
Schlesische	3½	— — —
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	96½ bz.
Pommersche	4	95¼ bz.
Posensche	4	93⅝ G.
Preussische	4	96¼ bz.
Westph. u. Rhein.	4	96½ bz.
Sächsische	4	97¾ bz.
Schlesische	4	97⅛ B.

Louisd'or 110 bz. | Oest. Bankn. 82¼ bz.
Goldkronen 9. 6⅜ G | Poln. Bankn. 85⅞ G.

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oesterr. Metalliques	5	59¼ bz.
dito Nat.-Anl.	5	65¾ bz. u G.
dito Lott.-A. v. 60	5	76¼ à ¾ à ½ bz.
dito 54er Pr.-A.	4	74½ B.
dito Eisenb.-L.		72 etw. bz.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	86½ bz.
dito 4½% Anl.	4½	— — —
dito Poln. Sch.-Ob.	4	71¾ etw. bz.
Poln. Pfandbr.	4	— — —
dito III. Em.	4	80 bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	86 bz.
dito à 300 Fl.	5	90⅛ bz.
dito à 200 Fl.	—	— —
Kurhess. 40 Thlr.	—	52¾ G.
Baden. 35 Fl. Loose	—	30 etw. bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	Cours
Berg.-Märkische	4½	100 B
dito II.	4½	97¾ bz.
dito IV.	4½	96¾ G.
dito III. v. St. 3½ g.	3½	79¾ bz.
Cöln-Minden	4½	101 bz.
dito II.	5	— — —
dito	4	— —
dito III.	4	88½ G.
dito	4½	97½ G.
dito IV.	4	89 bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	87½ G
dito III.	4½	97 B.
Niederschl. Märk.	4	4 bz.
dito conv.	4	94½ B.
dito III.	4	93¼ B.
dito IV.	4½	— — —
Niederschl. Zweigb. Litt. C.	5	— — —
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	84¾ B.
dito C. u. D.	4	94 G.
dito E.	3½	80½ G.
dito F.	4½	99¼ B.
Oest. Franz.	3	248 bz.
Oest. südl. St.-B.	3	252 bz.
Rhein. v. St. gar.	4½	— — —
Rhein.-Nahe-B. gar.	4½	98 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1861	1862	Zf.	Cours
Aachen-Düsseld.	3½	3½	3½	92 bz.
Aachen-Mastrich	—	—	4	28 bz.
Amsterd.-Rottd.	5	6	4	101½ G.
Berg.-Märkische	6½	6½	4	104 bz.
Berlin-Anhalt	8¼	8½	4	147¾ bz.
Berlin-Hamburg	6	6¼	4	120 bz.
Berl.-Potsd.-Mg.	11	14	4	178½ G.
Berlin-Stettin	7 1/12	7 7/12	4	128 G. (i.D.)
Böhm. Westb.		—	5	63 bz.
Breslau-Freib.	6⅔	8	4	124 G, Verk fehl.
Cöln-Minden	12¼	12⅔	3½	167 bz.
Cosel-Oderberg.	—	½	4	49½ bz.
dito St.-Prior.	—	—	4½	— — —
dito dito	—	—	5	— — —
Ludwgsh.-Bexb.	8	9	4	136 B.
Magd.-Halberst.	22½	25½	4	277½ G.
Magd.-Leipzig	17	17	4	— — —
Magd.-Wittenbg.	1⅙	1 1/12	4	67 bz.
Mainz-Ludwgsh.	7	7½	4	117¾ bz. u. G.
Mecklenburger	2⅞	2⅓	4	60¾ bz.
Neisse-Brieger	3½	4½	4	80⅝ bz.
Niedrschl.-Märk.	4	4	4	94⅛ bz.
Niedrschl. Zwgb.	1½	2 11/12	4	58 bz
Nord., Fr.-Wilh.	3	3½	4	55 à 55¼ bz.
Oberschles. A.	7 9/10	10 11/15	3½	144¾ bz.
dito B.	7 9/10	10 11/15	3½	132 G.
dito C.	7 9/10	10 11/15	3½	144¾ bz.
Oestr. Fr. St.-B.	6 7/10	—	5	103½ à 104 bz.
Oestr. südl. St.-B.	8⅓	—	5	136 à 136¼ bz.
Oppeln-Tarn.	⅘	2⅔	4	54¾ G.
Rheinische	5	6	4	94 bz.
dito Stamm-Pr.	5	6	4	105½ bz.
Rhein-Nahebahn	—	—	4	25¼ bz.
Rhr. Crf. K. Gldb.	3 11/15	4½	3½	95 bz.
Stargard-Posen	4	6	3½	98 bz (i D.)
Thüringer	6⅔	7⅔	4	119½ etw. bz. u. B.

Bank und Industrie-Papiere.

	1861	1862	Zf.	Cours
Berl. Kassen-V.	5 12/15	5 11/15	4	113 G.
Braunschw. B.	4	4	4	64 G.
Bremer Bank	5⅓	4	4	103¼ G.
Danziger Bank	6	6	4	98 G.
Darmst. Zettelb.	8⅓	9	4	100½ B. (i D.)
Geraer Bank	5¾	7⅓	4	91½ B.
Gothaer „	4½	5½	4	88½ B.
Hannoversche B.	4½	5	4	95 bz
Hamb. Nordd. B.	5	6	4	100½ G.
„ Vereins-B.	5 5/14	6 4/4	4	102½ G.
Königsberger B.	5⅞	5½	4	99 B.
Luxemburger B.	10	10	4	99½ Klgkt. bz.
Magdeburger B.	3 3/10	4 1/15	4	90 B.
Posener Bank	5 11/15	5 11/15	4	91 B.
Preuss. Bank-A.	4 7/10	6 4/45	4½	122½ bz.
Thüringer Bank	2⅔	3	4	68⅔ G.
Weimar „	4	5	4	85 G.
Berl. Hand.-Ges.	5	9	4	102½ Klgkt. bz.
Coburg. Credb. A.	3	8	4	89¼ B
Darmstädter „	5	6½	4	83¼ i P. bz.
Dessauer „	—	—	4	6⅞ G
Disc.-Com.-Ant.	6	7½	4	93 bz. u G.
Genfer Credb. A.	2	3½	4	46, 46½, ¼ b (i.D.)
Leipziger „	3	3	4	70 B. (i.D.)
Meininger „	6	7	4	89½ bz u G.
Moldauer Lds.-B.	—	2 4/15	4	21 bz u G.
Oesterr. Credb. A.	7¾	8½	5	73½ à 74¼ à 74 bz.
Schl. Bank-Ver.	6	6	4	98 G. (i D.)
Minerva	—	—	4	23½ G.
Fbr. v. Eisenbbdf.	—	—	4	95½ Klgkt. bz.

Berlin, 22. Jan. Weizen loco 50—57 Thlr. nach Qualität, feiner hochbunter poln. 56 Thlr., feiner weißer desgl. 55 Thlr. ab Bahn bez. — Roggen loco exquisit 35½ Thlr., 81—83pfd. 35—¼ Thlr. ab Bahn bez., Jan. 33⅞—¾ Thlr. bez., Jan.-Febr. und Febr.-März 33¾—⅝ Thlr. bez., Frühjahr 33½—¾—½ Thlr. bez. und Gld., ⅝ Thlr. Br., Mai-Juni 34½—¾ Thlr. bez., Juni-Juli 35½—¼ Thlr. bez., Juli-Aug. 36 Thlr., Juli allein 36 Thlr. bez. — Gerste, große und kleine 30—34 Thlr. pro 1750 Pfd. — Hafer loco 22—23½ Thlr., uckerm. 22⅔ Thlr. ab Bahn bez., Lieferung pr. Jan. und Jan.-Febr. 22⅜ Thlr. Br., Frühjahr 22¾ Thlr. bez., Mai-Juni 23—1/12 Thlr. bez., Juni-Juli 23 1/12—⅛ Thlr. bez., Juli-Aug. 23¾ Thlr. Br. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 37—48 Thlr. — Rüböl loco flüssiges 11 Thlr. Br., Jan. 10⅚—19/24 Thlr. bez. und Br., ¾ Thlr. Gld., Jan.-Febr. 10⅚ Thlr. Br., Febr.-März 10⅚ Thlr. Br., April-Mai 11—10 23/24 Thlr. bez. und Br., 11/12 Thlr. Gld., Mai-Juni 11 1/24 11 Thlr. bez. und Gld., 1/24 Thlr. Br., Sept.-Oktbr. 11⅜—⅓ Thlr. bez. und Gld., ⅜ Thlr. Br. — Leinöl loco 13⅔ Thlr. Br. — Spiritus loco ohne Faß 14 1/24—14 Thlr. bez., Jan., Jan.-Febr. und Febr.-März 14⅛—1/12 Thlr. bez., 1/12 Thlr. Br., 14 Thlr. Gld., April-Mai 14 5/12—⅓ Thlr. bez. und Gld., ⅜ Thlr. Br., Mai-Juni 14⅔—13/24 Thlr. bez., 7/12 Thlr. Br., ½ Thlr. Gld., Juni-Juli 15—14 11/12 Thlr. bez., Br. und Gld., Juli-Aug. 15 7/24—¼ Thlr. bez., Br. und Gld., Aug.-Septbr. 15 13/24 —½ Thlr. bez. und Gld., 7/12 Thlr. Br.

Weizen, feine Sorten besser zu lassen. Effectiver Roggen, von dem die Offerten anhaltend umfangreich blieben, mußte eine Wenigkeit billiger erlassen werden und wurde dazu mehreres zu Versandtzwecken und für den Platzbedarf genommen. Termine zeigten auch heute eine matte Haltung, doch, da Abgeber sich in eine bedeutendere Preisermäßigung nicht fügen mochten, blieb das Geschäft gering und Preise wenig verändert. Gek. 1000 Ctnr. — Hafer loco vernachlässigt, Termine gut behauptet. Von Rüböl waren abermals nahe Termine überwiegend angetragen und auch spätere Sichten vermochten nicht ihren gestrigen Cours voll zu behaupten, da auch hierfür Abgeber nachgiebiger waren.

London, 15. Jan. [Petroleum] hat auch in diesem Jahre alle Erwartungen weit übertroffen und wird bei der stets zunehmenden Consumtion auch immer eine bedeutende Rolle spielen. Die Total-Ausfuhr von Amerika betrug in 1863 nicht weniger als 19,200,000 Gallonen und erhielt England davon ca. 8,060,000 Gallonen. Preise waren starken Veränderungen unterworfen; wir notirten amerik. raff. im Januar 2s 7d a 2s 8d, im März 1s 5d a 1s 6d, im September 2s 6d a 2s 7d, im November 1s 10d und heute 1s 11d a 2s. Petroleum wird stets großer Speculationsartikel bleiben, wozu sich derselbe besonders eignet, indem es stets mit Schwierigkeiten verbunden ist, die Qualität genau zu bestimmen. Vorrath in London 24,912 Barrels raffin. und 3139 roh.

Breslau, 23. Jan. Wind: West. Wetter: Thauwetter. Thermometer Früh 2° Wärme. Die Stimmung blieb am heutigen Markte flau, der Geschäftsverkehr beschränkt.

Weizen flau, pr. 84 Pfd. weißer 50—66 Sgr., gelber 50—57 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Roggen wenig beachtet, pr. 84 Pfd. 37—37—40 Sgr., feinster vereinzelt über Notiz bezahlt. — Gerste ruhig, pr. 70 Pfd. weiße 35—37 Sgr., gewöhnliche 30—34 Sgr. — Hafer matt, pr. 50 Pfd. 26—28 Sgr. — Erbsen wenig beachtet. — Wicken ohne Umsatz. — Schlesische Bohnen still. — Schlaglein vernachlässigt. — Oelsaaten vernachlässigt. — Rapskuchen wenig gefragt, 47—51 Sgr. pr. Ctnr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen	51—59—66	Wicken	45—47—50
Gelber Weizen	50—54—58		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	37—39—41	Schlag-Leinsaat	150—165—188
Gerste	30—33—37	Winter-Raps	172—182—192
Hafer	25—27—29	Winter-Rübsen	162—172—182
Erbsen	42—46—50	Sommer-Rübsen	138—146—156

Kleesaat in unveränderter Haltung — rothe ordinäre 10—11 Thlr., mittle 11¼—12⅓ Thlr., feine 13 Thlr., hochfeine bis 14 Thlr., — weiße ordinäre 10—12⅓ Thlr., mittle 13¾—15¾ Thlr., feine 16¾—17¾ Thlr., hochfeine 18—19 Thlr. pr. Ctr.

Thymothee fehlt, 6—8 Thlr. pr. Centner.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Netto 26—36 Sgr., Metze 1¼—1¾ Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco 10⅚ Thlr., Termine 10¼ Thlr. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco und Januar 10⅔ Thlr., pr. Frühjahr 14 Thlr. Br.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.